



**BLICKPUNKT
MIGRATIONSGESELLSCHAFT**

**DIE
BEWEGLICHE
MITTE**

**ALS ZIELGRUPPE
DER POLITISCHEN BILDUNG**

EINE PUBLIKATION VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE E.V.

INHALT

5 Einführung

11 Annäherung an die gesellschaftliche Mitte

21 Wie die bewegliche Mitte denkt

32 Interview mit Laura-Kristine Krause: „Zusammenhalt bedeutet auch Konfliktfähigkeit“

41 Herausforderungen und Strategien eines Dialogs mit der beweglichen Mitte

52 Interview mit Martin Gerlach: Die Chancen liegen im Perspektivwechsel

59 Schlussfolgerungen und Ansätze zur Weiterarbeit

67 Nummeriertes Literaturverzeichnis

IMPRESSUM

Blickpunkt Migrationsgesellschaft: Die „bewegliche Mitte“ als Zielgruppe der politischen Bildung

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Text und Redaktion: Liane Czeremin (Kontakt: czeremin@gegen-vergessen.de),

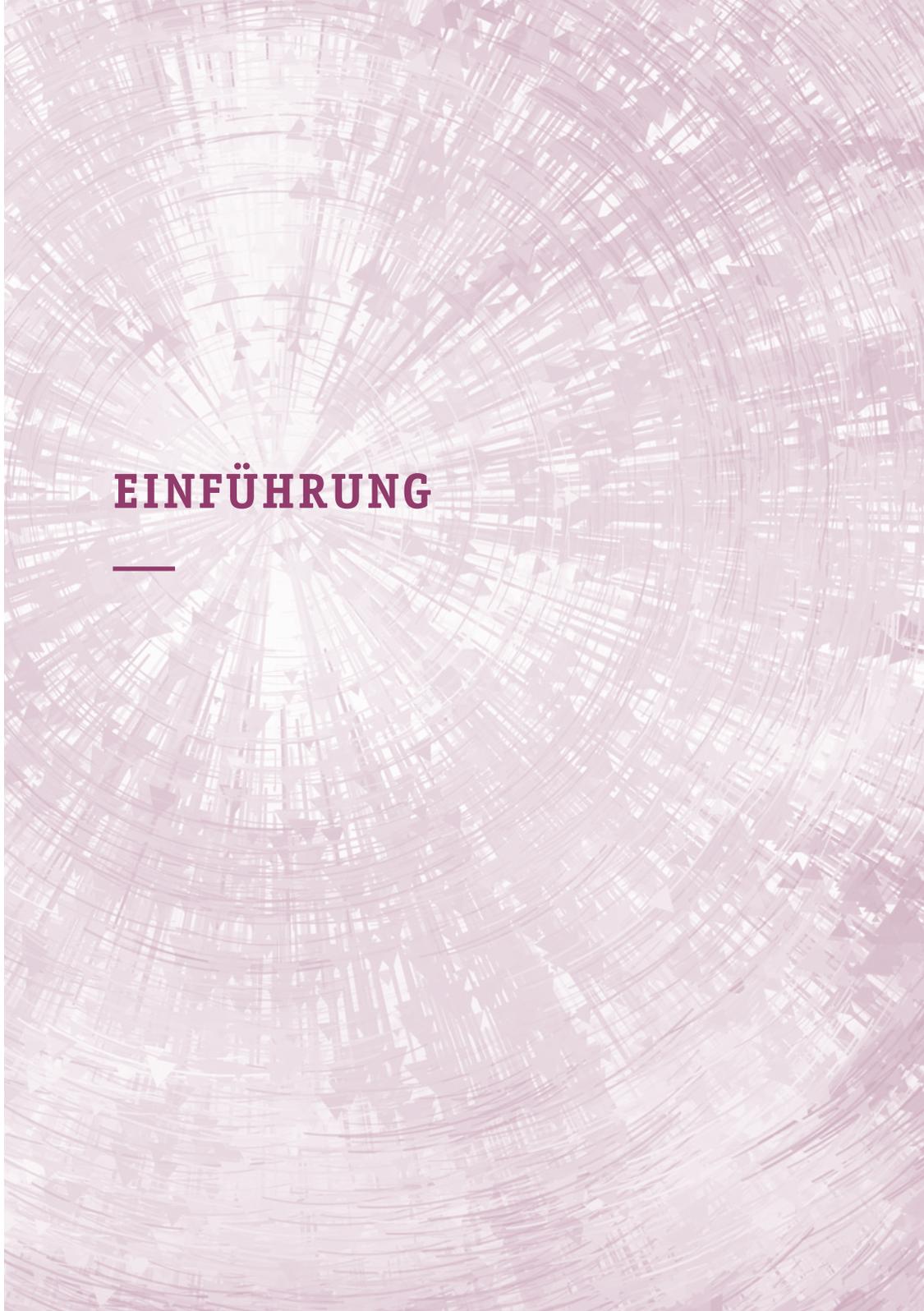
Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.), Thomas Stein

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Satz und Layout: Anna-Maria Roch, Berlin

Druck: addprint AG, 2020

ISBN 978-3-9820589-4-8



EINFÜHRUNG

Die gesellschaftliche Debatte um die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ist seit Jahren polarisiert. Immer unversöhnlicher prallen die ablehnenden und die befürwortenden Stimmen aufeinander – so ist jedenfalls die Wahrnehmung in Medien und sozialen Netzwerken.

Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass dieser Befund nicht zutrifft, wenn abseits öffentlicher Diskussionen die vorhandenen Einstellungen in der Bevölkerung in den Blick genommen werden. Demnach gibt es viele Menschen, die sich den beiden Polen an der Meinungsfront nicht so einfach zuordnen lassen. Diese Gruppen, die von Forschern je nach Schwerpunktsetzung wahlweise als beweglich⁽¹⁾, schweigsam⁽²⁾, versteckt oder unsichtbar⁽³⁾ gekennzeichnet werden, machen große Teile der Bevölkerung aus und sind deshalb nicht zu vernachlässigen. In dieser Broschüre wird hauptsächlich die „bewegliche Mitte“ als Begriff für diese Gruppen verwendet, weil er die Veränderbarkeit von Positionen betont.

Potenziell sind viele Menschen aus der beweglichen Mitte zwar bereit, sich für eine vielfältige Gesellschaft einzusetzen. Sie teilen aber lange nicht alle Einschätzungen von Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für eine offene Gesellschaft engagieren. Häufig sind ihnen andere Dinge wichtiger als Themen der Migrationsgesellschaft, etwa Fragen kultureller Traditionen und der eigenen sozialen Absicherung. Einige von ihnen sind aber auch anfällig für Strömungen, die mit Angst Politik machen und Sorgen der Menschen für populistische Zwecke kanalisieren.

Als zivilgesellschaftlicher Träger mit überparteilicher Ausrichtung sieht Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. diese Menschen als Teil seiner Zielgruppen an. Denn zum Wesen einer Demokratie gehört das Ringen um Mehrheiten. Die Frage, die sich im Verein dabei immer wieder stellt, kennen viele andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Einrichtungen der politischen Bildung auch: Wie erreichen wir Menschen, die sich von unseren bisherigen Formaten der Präventions- und historisch-politischen Bildungsarbeit nicht angesprochen fühlen?

KOMPETENZNETZWERK FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Die Frage nach den weniger erreichten Zielgruppen in der Mitte der Gesellschaft beschäftigt auch das Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft, in dem Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seit Januar 2020 mitwirkt. Das Netzwerk hat sich im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebildet. Gemeinsam mit dem Bundesverband russischsprachiger Eltern, den neuen deutschen Organisationen, der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa und der Türkischen Gemeinde in Deutschland arbeitet Gegen Vergessen – Für Demokratie daran, zu einem konstruktiven Dialog darüber beizutragen, wie unsere Migrationsgesellschaft künftig gestaltet werden kann. Das Netzwerk ist außerdem Ansprechpartner für Modellprojekte und Partnerschaften für Demokratie, die in dem Bundesprogramm ebenfalls mit diesen Themen befasst sind. Eine Übersicht zu den Projekten ist auf der Internetseite des Programms www.demokratie-leben.de zu finden.

Die Ausrichtung und die Perspektiven auf das Problem sind bei den Trägern zum Teil unterschiedlich, doch gerade das kann dazu führen, gemeinsam weiterführende Ansatzpunkte zu finden.

In der vorliegenden Broschüre präsentiert Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nach einem Jahr des Austausches einen ersten Problemaufriss. Damit möchte der Verein die anderen Akteurinnen und Akteure des Bundesprogramms, Modellprojekte, Partnerschaften für Demokratie, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und alle weiteren Interessierten einladen, sich ebenfalls mit möglichen Zielgruppen in der beweglichen Mitte der Gesellschaft zu beschäftigen und vielleicht im Anschluss eigene Projekte zu entwerfen.

Im ersten Kapitel der Broschüre wird eine Annäherung an verschiedene Dimensionen der gesellschaftlichen Mitte und Sichtweisen auf sie versucht. Für

einige ist die Mitte ein Mantra, für andere eher eine Zumutung. Die einen loben eine stabilisierende, ausgleichende Wirkung der Mitte und den Pragmatismus der Machbarkeit, mit dem die Mitte häufig verbunden wird. Andere verknüpfen mit der Mitte Positionslosigkeit, Mittelmäßigkeit oder auch eine Haltung, die andere zur Anpassung nötigt ^(4 / 5, Seite 68 ff).

Je nachdem, wie es um den Zustand der gesellschaftlichen Mitte bestellt ist, kann sie beides sein: Sie kann integrativ wirken, Menschen und Meinungen zusammenbringen, zwischen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen vermitteln und austarierte Lösungen entwickeln. Sie kann aber auch kreative Köpfe einschränken, das Mittelmaß zum Maßstab machen und Abweichungen von der Norm unterdrücken. Es gibt in den meisten Gesellschaften auch gute Gründe, eben nicht zur Mitte gehören zu wollen.

Die politische Entwicklung in Europa und den USA in den vergangenen zehn Jahren verdeutlicht auf der anderen Seite eindrücklich, dass eine starke, aktive Mitte wichtig ist, um die Einheit einer Gesellschaft und ihre Fähigkeit zu friedlicher Konfliktlösung zu gewährleisten. Hieraus ergibt sich für Akteurinnen und Akteure der progressiven Zivilgesellschaft die Notwendigkeit, sich um Zielgruppen in der Mitte zu kümmern.

DIE BEWEGLICHE MITTE

Diese Erkenntnis lenkt im zweiten Kapitel den Blick von der allgemeinen Betrachtung der Mitte auf die konkrete Zielgruppe der beweglichen Mitte. Verschiedene Umfrageergebnisse der vergangenen Jahre zu politischen Einstellungen werden dargestellt, etwa hinsichtlich der Einschätzung der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik oder zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dabei werden die für die politische Bildungsarbeit wichtigen Ergebnisse herausgestellt und eingeordnet.

Eine Studie der NGO More in Common wird hierbei besonders ausführlich berücksichtigt ⁽³⁾. Denn der NGO ist eine Typenbeschreibung gesellschaftlicher Gruppen gelungen, die dazu beitragen kann, Antworten auf die Frage zu bekommen, wie Menschen aus der beweglichen Mitte besser angesprochen werden können. Die bewegliche Mitte wird von den Forscherinnen und Forschern der NGO „unsichtbares Drittel“ genannt. More in Common arbeitet länderübergreifend und hat sich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verschrieben. Die Geschäftsführerin von More in Common, Laura-Kristine Krause, gibt im Interview Einblicke in die Herangehensweise der Organisation und in die wichtigsten Schlussfolgerungen, die sie aus der Studie gezogen hat.

Im dritten Kapitel der Broschüre folgt eine Analyse der Aufgaben, die sich aus den zuvor beschriebenen Befunden aus Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für zivilgesellschaftliche Akteure ergeben, welche sich für eine offene Gesellschaft in Vielfalt einsetzen und in diesen Bereichen politische Bildung betreiben wollen. Nicht jede Einrichtung verfügt über die gleichen Voraussetzungen, um Menschen aus der beweglichen Mitte als Zielgruppe zu erreichen, und nicht alle Menschen aus dieser Gruppe sind wirklich ansprechbar. Es gilt hier zu differenzieren, etwa mithilfe des Zwiebelmodells sozialer Bewegungen, das in diesem Teil vorgestellt wird.

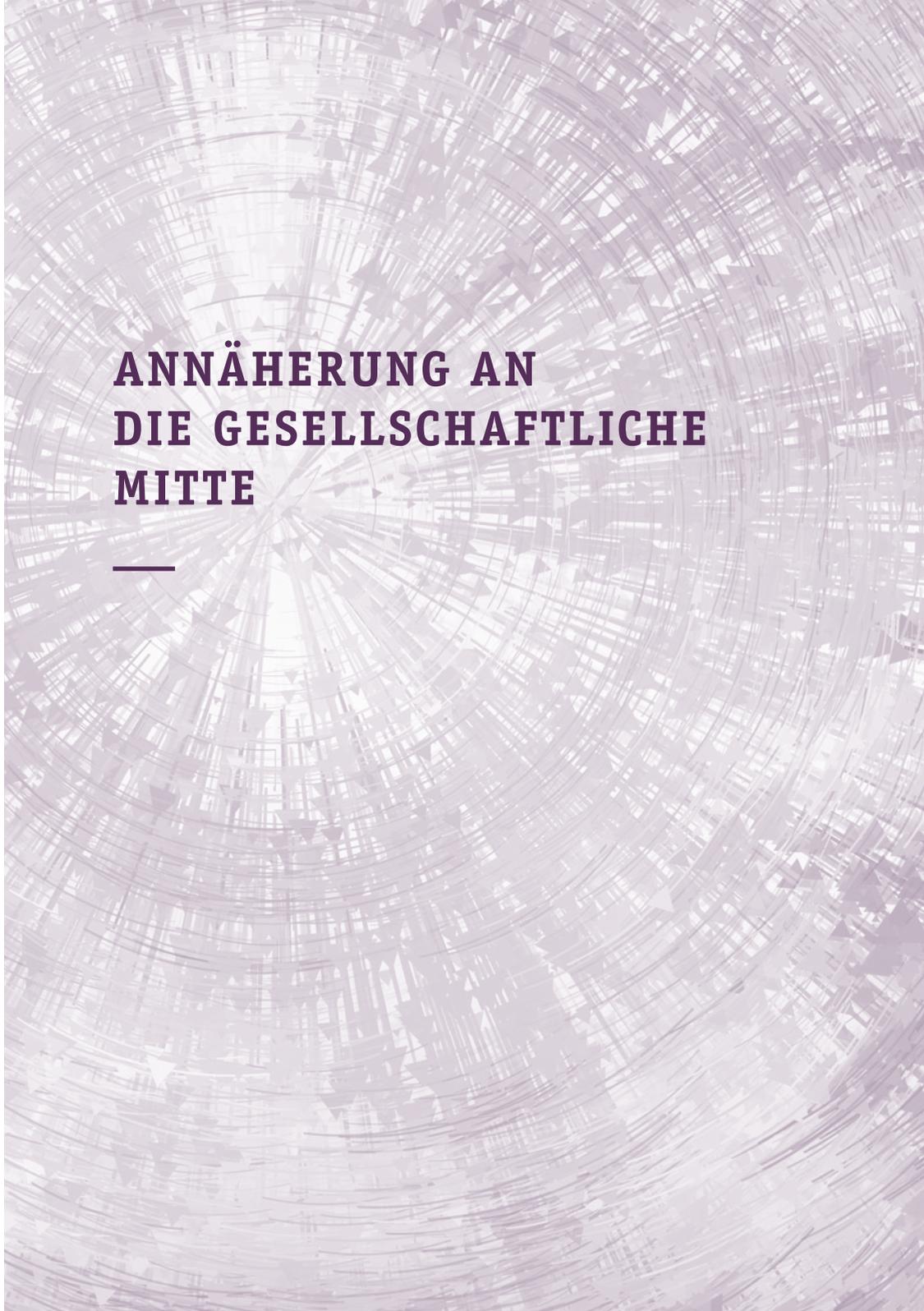
Für Akteurinnen und Akteure ist es außerdem wichtig, dass sie ihre Grenzen formulieren können, hinter die sie nicht zurückweichen können oder wollen – etwa aus einer rassismuskritischen Ausrichtung ihrer Arbeit heraus. Auch auf diesen Aspekt wird näher eingegangen, vor allem in einem Interview mit dem Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde, Martin Gerlach, zur Sichtweise von Migrant*innenorganisationen.

Die Herausforderungen und Folgen der Corona-Pandemie für die demokratische Gesellschaft bleiben in dem vorliegenden Heft unberücksichtigt. Sie werden sicherlich künftig eine große Rolle in der Arbeit zur Demokratieförderung spielen, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch in ihrem Ausmaß nicht abschätzbar. Deshalb drohen heutige Einschätzungen, schon in Kürze wieder überholt zu sein. Die Broschüre bietet auch noch keine übergreifenden

Lösungsstrategien oder konkreten Bildungsformate an. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. steht erst am Beginn, gemeinsam mit weiteren Trägern der politischen Bildungsarbeit entsprechendes zu entwickeln. Stattdessen werden Anregungen zum Weiterdenken und Weiterarbeiten an diesem Thema formuliert.

Wir sind sicher: Die bewegliche Mitte muss künftig stärker in Bildungsprogrammen und Debatten als Zielgruppe berücksichtigt werden, als es bisher der Fall ist. Hier besteht ein erheblicher Bedarf an inhaltlicher wie rhetorischer Neujustierung. Wenn Sie sich von dieser Aufgabe ebenso angesprochen fühlen wie wir, vielleicht selbst über Formate nachdenken, die in diese Richtung gehen, dann nehmen Sie gern Kontakt zu uns auf. Wir freuen uns auf einen Austausch über gute Ideen für die Praxis.

Anmerkung: Die Zahlen in Klammern verweisen auf die nummerierte Literaturliste am Ende dieser Broschüre.



ANNÄHERUNG AN DIE GESELLSCHAFTLICHE MITTE

Die gesellschaftliche Mitte mag ein ambivalenter Ort sein, zumindest bei politischen Parteien ist sie sehr beliebt. Abgesehen vielleicht von der LINKEN, die ihren Standort im Namen trägt, versuchen alle im Bundestag vertretenen Parteien sich in der Mitte zu verorten.

So kennzeichnete die SPD schon 1972 ihren Weg von der Arbeiter- zur Volkspartei mit Willy Brandts Slogan von der „Neuen Mitte“⁽⁶⁾. 1998 griff Gerhard Schröder den Begriff auf, um seinen Weg für eine rot-grüne Regierung zu zeichnen⁽⁷⁾. Das derzeitige Spitzenduo von Bündnis 90/ Die Grünen hat neue Wählerschichten in der Mitte für sich erschlossen und wurde von einigen Medien schon zur neuen Volkspartei ausgerufen⁽⁸⁾. Und nach dem Eklat in Thüringen im Januar 2020, bei dem sich ein Abgeordneter der FDP mit den Stimmen der AfD kurzzeitig zum Ministerpräsidenten wählen ließ, wandten sich FDP-Politiker in der WELT beschwichtigend an ihre Wählerinnen und Wähler und schrieben: „Sie können sich auf die Verortung der FDP in der politischen Mitte verlassen.“⁽⁹⁾ Auch die Union sieht sich dort und erhebt den Anspruch, die Mitte zu repräsentieren. Auf dem Parteitag 2007 rief Kanzlerin Angela Merkel ihren Parteifreunden zu: „Hier ist die Mitte. Hier in der Mitte sind wir – und nur wir.“⁽¹⁰⁾

Hinter all diesen Bestrebungen steht die Annahme, dass Wahlen stets in der Mitte gewonnen würden.

Auch die AfD versucht aus strategischen Erwägungen heraus, als Partei der Mitte zu erscheinen, um dort Wähler zu gewinnen. Mit einer alleinigen Betonung rechtspopulistischer Inhalte wäre dies wenig erfolgversprechend. Deshalb instrumentalisieren einige Partei-Repräsentanten bewusst den Begriff des „Bürgerlichen“. So ließen AfD-Politiker nach der Landtagswahl in Sachsen 2019 verlauten, es gebe eine „bürgerliche Mehrheit in Sachsen“⁽¹¹⁾. Damit hatten sie eine Koalition von CDU und AfD im Sinn. Mittlerweile gibt es konservative Vertreterinnen und Vertreter, die bereit sind, sich auf dieses Spiel einzulassen.

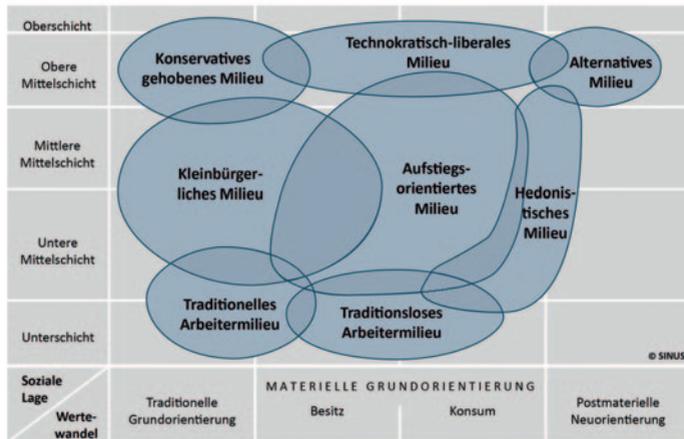
SOZIOÖKONOMISCHE UND KULTURELLE MITTE

Wie die Mitte aber eigentlich definiert und zu verorten ist, bleibt ver schwommen und schwer zu fassen. Schon der Begriff der bürgerlichen Partei zeigt, wie verschiedene Kategorien hier durcheinandergehen. Die Einordnung als „bürgerlich“ geht eher auf eine sozio-ökonomische Betrachtung zurück als auf eine politische. Eine Definition der „Mitte“ als Mittelstand, die sich aus Kriterien wie Einkommen und Bildung ergibt, ist aber nicht das gleiche wie die politische Mitte, auch wenn ökonomische Bedingungen auf politische Haltungen einwirken.

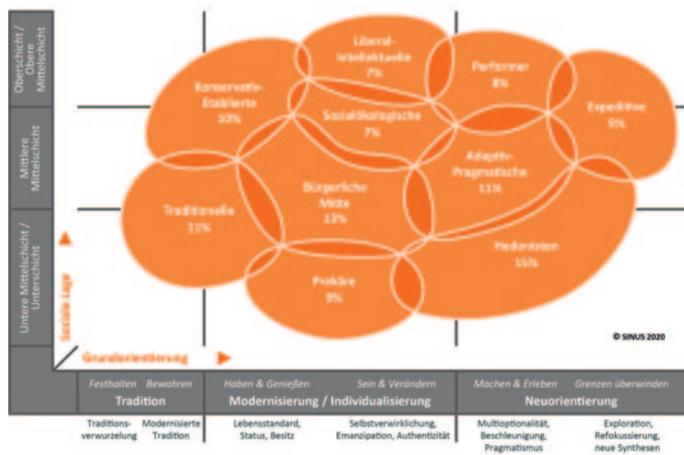
Das Sinus-Institut berücksichtigt in seinen Milieustudien außer den sozio-ökonomischen auch sozio-kulturelle Aspekte wie den allgemeinen Lebensstil. Auch das Alter spielt eine Rolle. Politische Einstellungen werden jedoch nur in einer sehr allgemeinen Form behandelt. Wenn das Sinus-Institut eine Erosion der Mitte feststellt, bedeutet das dementsprechend vor allem, dass die Milieus sich ausdifferenzieren, ihre Anzahl sich erhöht und die Anteile der Bevölkerung sich zwischen den Milieus verschieben. So haben die Forscherinnen und Forscher 2020 zehn Milieu-Gruppen unterschieden. In den 1980er Jahren hatten sie nur acht Milieus ausgemacht, die auch noch anders hießen und dementsprechend anders zusammengesetzt waren als heute⁽¹²⁾. (vgl. Grafiken Seite 14)

Es gibt also heute nicht mehr das, was Helmut Schelsky in den 1960er Jahren eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft genannt hat (wenn es die überhaupt so gegeben hat). Der starke Mittelstand hatte Mitte des 20. Jahrhunderts dazu beigetragen, dass die ökonomischen Konfliktlinien in der Gesellschaft sich abschwächten und ökologische sowie andere postmaterielle Anliegen in den Fokus traten^(13, Seite 55ff).

Die Milieulandschaft der 80er Jahre



Die Milieulandschaft 2020



Die „Kartoffelgrafik“ des SINUS-Instituts zeigt eine Einteilung der Bevölkerung in verschiedene Milieus entlang der Achsen von sozialer Lage und Grundorientierung. Im Vergleich zu den 1980er Jahren haben sich die Milieus ausdifferenziert und von der Anzahl her vergrößert. (Quelle: SINUS-Institut)

Heute haben sich diese Trends weiter verschoben und ausdifferenziert. Die Milieus werden diverser, die Lebensstile auch, dementsprechend nehmen Gemeinsamkeiten ab. Hinzu kommt jedoch, dass an den oberen und unteren Rändern des Mittelstands die „soziale Schere“ wieder weiter auseinandergeht. Übergänge von unten in die Mitte und von der Mitte nach oben werden wieder schwieriger. Dies hat auch Einfluss auf politische Einstellungen, Interessen und Konfliktlinien.

POLITISCHE MITTE

Wenn ein gestärkter Mittelstand früher die Herausbildung der Volksparteien begünstigt hatte, so sorgt heute unter anderem die Ausdifferenzierung der Milieus mit Tendenz zur gegenseitigen Abschottung dafür, dass sich Parteien und Wählerschaft weniger deckungsgleich zeigen. Das heißt jedoch nicht gleich, dass die Mitte wegbröckeln würde. Auch nicht, dass sie nicht mehr beliebt wäre. Vielleicht aber, dass Parteien sie mit ihrer allgemeinen, übergreifenden Programmatik nicht mehr so gut erreichen wie früher.

In quantitativen Studien zu politischen Einstellungen wird die Mitte zunächst als Standpunkt zwischen Extrempositionen gesehen. Je nachdem, wo sich die Befragten auf den Skalen verorten, gehören sie zu einem Rand oder in die Mitte. Das alte links-mitte-rechts-Schema funktioniert dabei schon länger nicht mehr so zuverlässig wie früher. Auch dies liegt zum Teil an der Ausdifferenzierung der Milieus, die sich nicht in diese alte, von Ideologien geprägten Denkschubladen pressen lassen. Auch die Gleichungen links = progressiv/avantgardistisch, rechts = konservativ gehen nicht mehr zuverlässig auf. Wie Herfried Münkler gezeigt hat, werden linke Gruppen zum Beispiel plötzlich zu (konservativen) Bewahrern einer Ordnung, wenn sie sich gegen die fortschreitende Globalisierung wenden und alte Errungenschaften des Sozialstaates verteidigen wollen. (5, Seite 94ff)

Über die Frage, ob die politische Mitte vor allem negativ oder positiv konnotiert wird, herrscht kein Konsens. Abgesehen von den eingangs erwähnten Vorbehalten, die „Mitte“ generiere Mittelmaß und Anpassungsdruck, wurde auch lange Zeit unter dem Paradoxon eines „Extremismus der Mitte“ über die Frage gestritten, inwieweit die „Mitte“ einen besonderen Anteil am Aufstieg des Nationalsozialismus hatte. ⁽¹⁴⁾ Wobei sich hier die „Mitte“ nur als sozio-ökonomische Kategorie erfassen und sich der Extremismus der Mitte damit als „radikalisierten Mittelstand“ übersetzen ließe. Untersuchungen von Jürgen W. Falter zum damaligen Wahlverhalten der Bevölkerungsschichten haben diese Thesen schließlich zum Großteil widerlegt. ⁽¹⁵⁾

Die Forscherinnen und Forscher der Studienreihe „Deutsche Zustände“ unter Wilhelm Heitmeyer und die sogenannten „Mitte-Studien“ verschiedener Autoren haben demgegenüber untersucht, inwieweit Einstellungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit heute in der Mitte der Gesellschaft präsent sind. ⁽¹⁶⁾ Im neuesten Band der Mitte-Studien entwirft Andreas Zick indes auch ein Bild von der Mitte als eine Haltung:

„Es ist eine Mitte, die als Ausgleich von Differenzen und Konflikten in Überzeugungen, Ungleichheiten und Ungleichwertigkeiten und als Bezugspunkt für Normen, Werte, ethische wie moralische Fragen wie auch Identitäten, fähig ist, gute Lebensbedingungen für alle Menschen zu schaffen.“ ^(17, Seite 84f)

Und:

„Die demokratische Mitte ist eine gesellschaftliche Einheit, die es ermöglicht, die Gesellschaft durch Konflikte zu verändern und die stark genug ist, extremistische Kräfte vorbeugend oder dann, wenn sie die Gesellschaft verändern und Normen verschieben, selbst abzuwehren.“ ^(17, Seite 86)

Zick beschreibt die Mitte also als eine Haltung, die auf Ausgleich und Inklusion gerichtet ist und so eine „Gemeinschaft der Demokratie“ ausbilden kann.

WENN EINE STARKE MITTE FEHLT

Wie bei vielen anderen Dingen auch wird der Wert solcher integrativen, ausgleichenden Funktionen der „Mitte“ erst dann offensichtlich, wenn sie aus einer Schwäche heraus nicht mehr ausreichend erfüllt werden.

In der Weimarer Republik konnte sich eine starke Mitte gar nicht erst ausbilden, was in den starken ideologischen Differenzen, aber auch in den sozialen Verwerfungen begründet lag, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verhinderten, dass die junge Demokratie eine breite Unterstützerbasis finden konnte. Diese Zusammenhänge hatte zeitgenössisch bereits der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller klar skizziert ⁽¹⁸⁾. Aber es gab jenseits der demokratischen Parteien auch keine gewachsenen demokratischen Strukturen, die eine einende Funktion hätten erfüllen können. Folge war eine im Verlauf zunehmende Polarisierung gesellschaftlicher Kräfte, die ihre Konflikte untereinander immer öfter mit Gewalt austrugen. Nach mehreren Putschversuchen etablierte Mitte der 1920er Jahre schließlich auch die Weimarer Koalition mit dem Reichsbanner Schwarz Rot Gold einen bewaffneten zivilen Kampfverband, der die Demokratie auf der Straße verteidigen sollte.

Ganz anders ist die bedenkliche Polarisierung in den heutigen USA entstanden. Hier sind traditionell starke demokratische Institutionen, Gepflogenheiten und Einstellungen vorhanden, die sich über eine lange Zeitspanne hinweg etablieren und gesellschaftliche Spannungen kompensieren konnten. Diese Grundpfeiler haben in einem schleichenden Prozess an Stabilität verloren, Konfliktlinien haben sich verschärft und zu einer polarisierenden Dynamik geführt. ⁽¹⁹⁾ Nun zeigen sich nach den jüngsten Präsidentschaftswahlen mögliche Folgen solcher Entwicklungen, die auch anderswo drohen könnten. So stellt sich in den USA inzwischen die Frage, inwieweit die amerikanische Gesellschaft künftig noch in der Lage sein wird, ihre Konflikte auf friedlichen Wegen zu lösen. Der neu gewählte US-Präsident Joe Biden versucht als Gegenmittel mit versöhnenden, einenden

Gesten eine neue gesellschaftliche Mitte in den USA zu formen. Dies wird ein schwieriges Unterfangen.

Die Schlussfolgerung, dass eine stabile Demokratie eine starke Mitte braucht, sollte jedoch nicht dazu führen, dass radikale Meinungen komplett aus der Debatte gedrängt werden. Radikale Positionen müssen in einem für die Einheit der Gesellschaft verträglichem Rahmen Platz finden und artikuliert werden. Zudem müssen in der Mitte selbst alternative Positionen wahrnehmbar sein ⁽²⁰⁾. Sonst werden sich immer mehr Unzufriedene, die sich von Parteien der Mitte nicht vertreten fühlen, abwenden und die Ränder gegenüber der Mitte stärken. Bilden Volksparteien Große Koalitionen, nähern sie sich programmatisch weitreichend an oder halten sie ihr Programm sehr allgemein, unterstützen sie damit potenziell eine solche Tendenz.

Der deutsch-amerikanische Staatsrechtler Otto Kirchheimer hat dieses Problem schon Mitte der 1960er Jahre erkannt und eine Entwicklung großer Parteien hin zu sogenannten „catch all parties“ (Allerweltparteien) beschrieben und problematisiert. Seine Analysen scheinen heute mehr zuzutreffen als damals ⁽²¹⁾.

Gehen derartige Entwicklungen mit einer Phase politischer Stagnation einher, in der die Lösung oder bereits die Wahrnehmung drängender Konflikte aufgeschoben wird, kann es schließlich zu einer wechselseitigen Dynamik von progressiven und konservativen bis reaktionären gesellschaftlichen Kräften kommen. Vertreterinnen und Vertreter beider Seiten nehmen die Mitte dann als einengend wahr statt als integrativ, als langweilig statt als ausgleichend, als positionslos statt als lösungsorientiert. Sie wenden sich von abwägenden Positionen der Mitte ab und suchen die Lösung vermehrt in der Durchsetzung der reinen Lehre, welche dies auch immer sein mag. In der Folge werden die als legitim erachteten Mittel zur Erreichung der Ziele ausgeweitet, politische Gegner als Feinde betrachtet. Solche Dynamiken können schließlich in eine zugespitzte Form der Polarisierung führen, in der es keinen Puffer mehr gibt zwischen den Vertretern radikaler Forderungen. Kompromisse zu finden ist dann nur noch schwierig möglich, geschweige denn ein Konsens. ^(5, Seite 25ff)

Die deutsche Gesellschaft hat mit einer über Jahrzehnte relativ stabilen ökonomischen und politischen Mitte sicherlich andere Voraussetzungen als die USA. Auch im Vergleich zu Frankreich oder Italien, wo ideologische Polarisierungen im Parteiensystem traditionell lange Zeit stärker waren, gibt es Unterschiede. Eine Immunität gegen zugespitzte Polarisierungsprozesse herrscht hierzulande jedoch nicht.

ZUSTAND DER MITTE

So ist auch in Deutschland der Zustand der Mitte schon in den Fokus der politischen Debatte gerückt. Die Ausschreitungen in Chemnitz im Jahr 2018, die Wahlerfolge der AfD, sowie der oben erwähnte Tabubruch von Erfurt, haben dazu beigetragen und auch die Frage nach dem Grad der Polarisierung in Deutschland aufgeworfen ⁽²²⁾. Und wo die Mitte zu schwächeln scheint, werden diejenigen wichtig, die keine so festen Positionen vertreten, in der Öffentlichkeit potenziell wenig sichtbar und von verschiedenen Seiten ansprechbar sind. Sie machen im Zweifel den Unterschied, denn die bewegliche Mitte bildet eine große Gruppe.

Diese Gruppe der eher Unentschlossenen anzusprechen ist zuerst Aufgabe der politischen Verantwortungsträger und der Parteien. Aber es gibt viele weitere Akteure, die Zugänge zu dieser Gruppe haben oder aufbauen könnten. Zu denken ist dabei etwa an Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Vereine und Verbände, Nachbarschaftsinitiativen, intellektuelle Vordenkerinnen und Vordenker und andere Persönlichkeiten auf bundesweiter oder lokaler Ebene, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Bildungsträger im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Diese Akteure stehen alle vor dem Problem, Formen der Ansprache für Menschen zu finden, die sich zum Beispiel als unpolitisch begreifen oder die

ihr eigenes Fortkommen gegenüber dem Gemeinwohl in den Vordergrund stellen. Hilfreich kann es sein, sich damit auseinanderzusetzen, welche Themen und Anliegen diese Menschen bewegen und wo vielleicht Anknüpfungspunkte bestehen könnten. Natürlich sind Antworten auf diese Fragen in jeder Region und für jeden Träger andere, aber mehrere Studien über politische Einstellungen der Menschen zu drängenden gesellschaftlichen Themen können hier bereits wichtige Ansätze liefern. Sie werden im Folgenden dargestellt.



WIE DIE BEWEGLICHE MITTE DENKT

Die Polarisierungstendenzen in den öffentlichen Debatten zeigen sich auch an ihrem Tonfall, der in den vergangenen Jahren deutlich härter geworden ist. Die ungefilterten, teilweise anonymen Kommunikationsformen der Online-Medien wirken dabei als Katalysatoren zunehmend ruppiger Auseinandersetzungen. Diese führen bei den Teilnehmern wiederum zu der Tendenz, sich immer weiter in die eigene Filterblase hineinzubegeben, in der solche Widerstände gegenüber der eigenen Meinung nicht zu spüren sind. In der Debatte um die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik scheinen die Meinungsfronten besonders scharf gezogen. Der englische Publizist David Goodhart wählte als Erklärung für diese Polarisierung das Gegensatzpaar der *anywheres* und der *somewheres* ⁽²³⁾. Erstere kommen demnach mit der globalisierten Welt gut zurecht, sind weltgewandt und weltoffen. Die anderen sind die Dagebliebenen, die in traditionelleren Strukturen leben und denken. Diese Gegenüberstellung erinnert auch an das gegensätzliche Begriffspaar der offenen und geschlossenen Gesellschaft, die der Philosoph Karl Popper prägte ⁽²⁴⁾.

DIE VERDECKTE MEHRHEIT

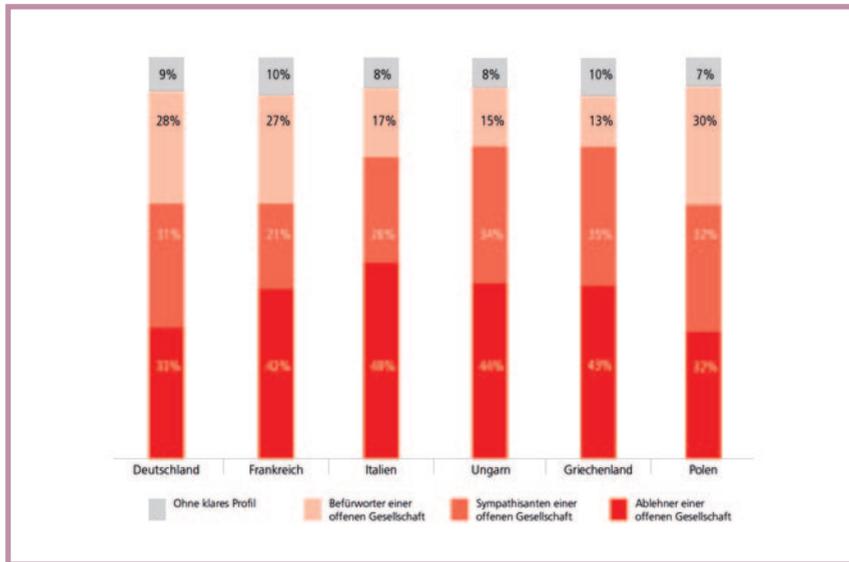
Nun behaupten die Verfasserinnen und Verfasser der 2019 veröffentlichten Studie „The Hidden Majority“ (etwa: Die verdeckte Mehrheit) aber, dass es so einfach nicht ist. Die Polarisierung, wie sie sich in öffentlichen Debatten und Wahlen zeige, finde bei den Einstellungen der Menschen im Hinblick auf die zentralen Werte einer offenen Gesellschaft gar keine so starke Entsprechung. Zu diesem Ergebnis kommen die Forscherinnen und Forscher, die unter der Leitung von Jan Eichhorn und Magali Mohr 6.000 Menschen in sechs europäischen Staaten befragt haben ⁽²⁵⁾.

Eichhorn und Mohr wollten von den Bürgerinnen und Bürgern wissen, wie wichtig ihnen bestimmte Werte einer offenen Gesellschaft sind. Zum Beispiel

Minderheitenschutz oder Meinungsfreiheit. Sie fragten aber auch Einstellungen ab, die eher als Attribute einer geschlossenen Gesellschaft gelten, zum Beispiel der Wunsch nach einer starken Begrenzung der Einwanderung oder die Ansicht, dass nicht-christliche Religionsausübung nur im Privatraum erlaubt sein sollte. Schließlich wurden auch Alternativen vorgestellt und danach gefragt, was den Bürgern jeweils wichtiger oder gleich wichtig sei. Zum Beispiel, dass Neu-Einwanderer genauso behandelt werden wie andere Bürger oder dass der Staat sich um sozialen Zusammenhalt kümmert.

Auf Grundlage der Antworten haben die Forscher eine dritte Gruppe ausgemacht, die zwischen den Lagern der *Befürworter* und der *Ablehner* einer offenen Gesellschaft stünden. Sie nennen sie *Sympathisanten* der offenen Gesellschaft. Diese *Sympathisanten* teilen laut Studie zentrale Werte der offenen Gesellschaft und stehen den Befürwortern näher als den Ablehnern. Sie setzen aber andere Prioritäten. Ihnen sei zum Beispiel die Sorge um ihre soziale Absicherung, ihre Sicherheit oder ihr traditionelles, christlich geprägtes Familienbild ebenso wichtig wie die Säulen der offenen Gesellschaft. In Deutschland zählen die Forscher knapp ein Drittel der Bürger zu dieser Gruppe. Sie wäre also nicht zu vernachlässigen (vgl. Grafik Seite 24).

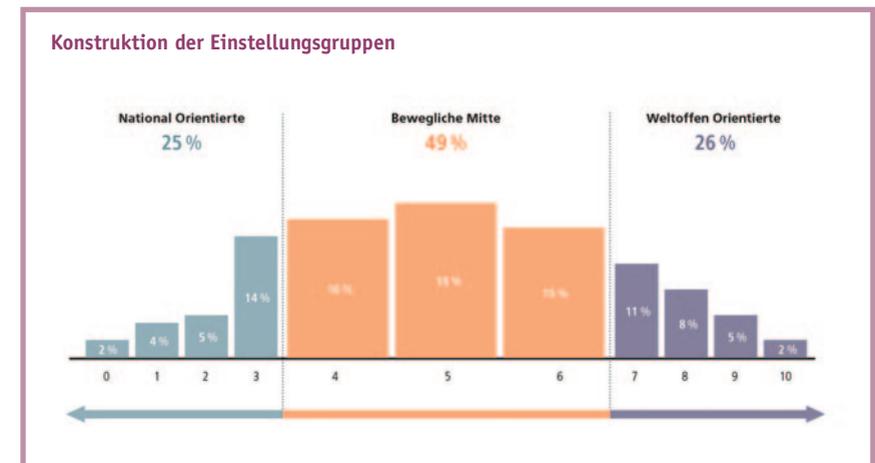
Nun gibt es sicherlich berechtigte Kritik am Fragenkatalog der Studie, besonders wenn mit Oberbegriffen hantiert wird wie Meinungsfreiheit oder Pressefreiheit. Auch weil Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten momentan versuchen, diese Werte massiv umzudeuten, bleibt unklar, was die Befragten mit diesen Werten jeweils konkret verbinden. Außerdem stellt sich die Frage, wie vergleichbar Angaben sind, die sich auf Regierungspolitik beziehen. Es wird sicherlich unterschiedliche Antworten geben, wenn ein Land autoritär regiert wird wie Ungarn oder liberal wie Frankreich.



Die Befragten wurden von den Forschern der Studie The Hidden Majority in drei Gruppen eingeteilt, je nachdem, welche abgefragten Merkmale ihnen für eine gute Gesellschaft wichtig waren: Befürworter der offenen Gesellschaft, Sympathisanten der offenen Gesellschaft und Ablehner der offenen Gesellschaft. Die Anteile der jeweiligen Gruppen sind in den untersuchten Ländern unterschiedlich groß. Den harten Kern der Ablehner, die gegen alle Säulen der offenen Gesellschaft eintreten, beziffern die Forscher dabei insgesamt auf nur etwa sechs Prozent. Auch gibt es über Ländergrenzen hinweg keine haltbaren demografischen Übereinstimmungen bei den Mitgliedern der jeweiligen Gruppen. Weder bezüglich des Alters noch des sozialen Status lassen sich eindeutige Zusammenhänge finden. Selbst der Bildungsgrad spielt nur in Deutschland eine signifikante Rolle. Quelle: Open Society European Policy Institute/dpart; Übersetzung: Martin Bottomley

PRAGMATISCHE SICHT AUF EINWANDERUNG

Doch die Ergebnisse der Studie werden auch von Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung gestützt, die ebenfalls 2019 unter dem Titel „Das pragmatische Einwanderungsland“ veröffentlicht wurden. Auch die Autoren Rainer Faus und Simon Storks haben zwischen stark national orientierten Bevölkerungsteilen und weltoffen orientierten eine große dritte Gruppe ausgemacht. Diese Gruppe befürwortet Einwanderung grundsätzlich, positioniert sich dabei jedoch weniger deutlich als die anderen. Zudem unterscheiden sich die wichtigsten Sorgen dieser Gruppe von denen der „weltoffenen“ Gruppe⁽¹⁾.



Basis: alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt. Gerundeter Mittelwertindex basierend auf abgefragter Zustimmung mittels 11-Punkte-Skala zu folgenden Aussagen: (1) „Deutschland und die anderen EU-Länder sollten wieder mehr Entscheidungen alleine treffen dürfen“, (2) „Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vorteile als Nachteile“ (umgepolt), (3) „Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert“, (4) „Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Quelle: pollytix 2019

Diese in der Studie so bezeichnete „bewegliche Mitte“ sorgt sich in der überwältigenden Mehrheit ebenso wie die „weltoffenen“ um eine Zunahme von Rassismus und rechter Gewalt sowie um die fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltungstendenzen. Darüber hinaus sind für sie aber Fragen kultureller Traditionen und der sozialen Absicherung elementar wichtig, anders als bei den weltoffenen Orientierten. So glauben viele der Befragten aus der beweglichen Mitte, dass sie selbst von der guten Wirtschaftslage in Deutschland nicht profitieren und bemängeln generell eine mangelnde Wertschätzung für Menschen ohne Hochschulabschluss.

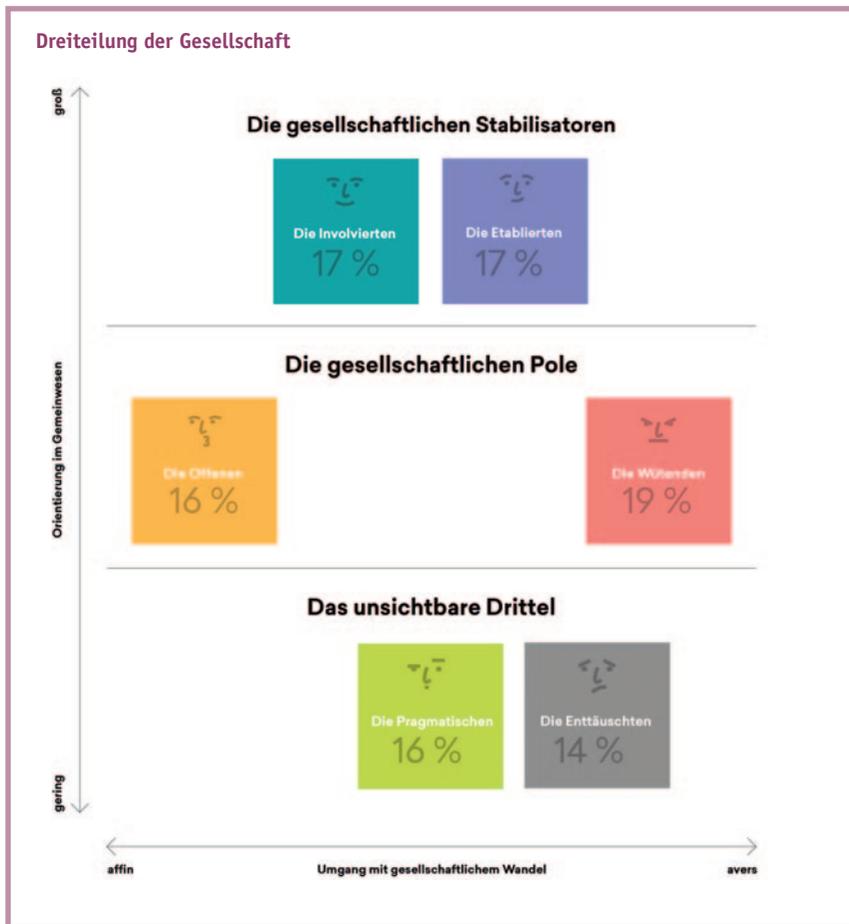
Potenziell sind die Mitglieder der „beweglichen Mitte“ laut FES-Studie dabei offen für die Aufnahme von Flüchtlingen, sie hegen jedoch auch Vorbehalte aufgrund der Herausforderungen, die ein Zuzug mit sich bringt. Die bewegliche Mitte befürwortet vor allem Einwanderung, die den Fachkräftemangel beseitigen hilft, sieht aber auch die positiven kulturellen Weiterentwicklungen einer Gesellschaft, die sich zu Einwanderung bekennt. Ein großer Teil der Befragten aus der beweglichen Mitte ist dafür, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind. Wer aus Armutgründen einwandert oder weil er sich ein besseres Leben in Deutschland erhofft, findet demgegenüber viel weniger Zustimmung. Gegenüber den „Weltoffenen“ unterscheidet die bewegliche Mitte sich auch in der Bewertung der Regierungspolitik, die von ihr sehr viel kritischer gesehen wird. Das Vertrauen darin, dass die Regierung die Herausforderung der Integration von Einwanderern souverän bewältigen könne, ist gering. Und in diesem Zusammenhang wird der Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr gesehen.

ZUSTAND UND ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UNSERER GESELLSCHAFT

Mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt beschäftigt sich schwerpunktmäßig die von Stiftungen finanzierte Organisation „More in Common“. Sie kombiniert dabei wissenschaftliche Forschungsarbeit mit Politikberatung. In ihrer Studie „Die andere deutsche Teilung: Zukunft und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“ gingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Frühjahr 2019 der Frage nach, wie polarisiert die deutsche Gesellschaft tatsächlich ist⁽³⁾.

Für die Studie hat die Organisation gemeinsam mit einem Meinungsforschungsinstitut mehr als 4.000 volljährige Menschen aus der Wohnbevölkerung in Deutschland befragt. Während in vergleichbaren Erhebungen traditionell nach sozioökonomischen, demografischen oder parteipolitischen Kategorien unterschieden wird, liegt dieser Studie eine andere Annahme zugrunde. Sie geht davon aus, dass es den bisherigen Unterscheidungen an Erklärungskraft mangelt. Folglich wurde ein methodischer Ansatz gewählt, der Instrumente der Politikwissenschaft mit Ansätzen der Sozialpsychologie verbindet. Die Befragten wurden also nicht nach Alter oder Einkommen, sondern auf Basis ihrer subjektiven Verortung in der Gesellschaft, ihrer Perspektive auf das Land als solches sowie innerer Grundüberzeugungen gruppiert. Letztere wurden anhand von Fragen über tiefliegende Moralvorstellungen, Neigung zu Autoritarismus, die Wahrnehmung von Bedrohung, persönliche Handlungsmacht und Verantwortung sowie gruppenbezogene Identitätsmerkmale erschlossen.

Im Ergebnis der Befragung zeigt sich ein facettenreiches Bild. Anschaulich wird dies anhand der sechs gesellschaftlichen Typen, die sich in unserer Gesellschaft laut More in Common identifizieren lassen. Benannt sind diese nach den emotionalen Grundmotiven, die ihr Verhältnis zur Gesellschaft am stärksten prägen. Diese sechs Typen unterscheiden sich außerdem in ihrem Umgang mit gesellschaftlichem Wandel und in der Frage, wie stark ihre Orientierung an der Gesellschaft ist. More in Common geht insgesamt von einer Dreiteilung unserer Gesellschaft aus und ordnet die sechs Typen diesen drei Kategorien in etwa gleichgroßen Gruppen zu.



Quelle: More in Common

POLE, STABILISATOREN UND UNSICHTBARE

Einen gesellschaftlichen Pol bilden die „Offenen“. Ihnen ist vor allem Selbstentfaltung, Weltoffenheit und kritisches Denken wichtig. Der andere Pol wird von dem Typus der „Wütenden“ besetzt. Im Gegensatz zu den „Offenen“

charakterisiert sie die Betonung von nationaler Ordnung sowie fundamentale Kritik am System. Ihr Verhältnis zu Politik und gesellschaftlichem Wandel ist von massivem Misstrauen geprägt. Die beiden Pole zeichnen sich zudem durch konträre Einstellungen zu gesellschaftlichen Zielen, dem Umgang mit dem Islam sowie Diskurspräferenzen aus. Zwischen diesen beiden Polen, die knapp ein Drittel der Gesamtgesellschaft bilden, gliedern sich laut Studie die gesellschaftlichen Stabilisatoren ein. Sie bestehen sowohl aus den „Etablierten“ als auch den „Involvierten“ und machen ebenso circa 30 Prozent der Gesellschaft aus. Die „Etablierten“ sind grundzufrieden mit den Bedingungen und legen vor allem Wert auf Verlässlichkeit sowie gesellschaftlichen Frieden. Den „Involvierten“ ist der klassische Bürgersinn, ein gesellschaftliches Miteinander sowie die Verteidigung demokratischer und gesellschaftlicher Errungenschaften wichtig. Gemein haben die Stabilisatoren, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie grundsätzlich zufrieden und sozial eingebunden sind sowie in Politik vertrauen. Sie empfinden das Maß an eigener Handlungsmacht als zufriedenstellend.

Ein letztes Drittel der Gesellschaft fehlt. More in Common nennt es das unsichtbare Drittel, weil es „unter dem Radar“ der Politik existiert. Dieses Drittel der Gesellschaft besteht aus „Enttäuschten“ und „Pragmatischen“. Erstere beklagen vor allem verloren gegangene Gemeinschaft sowie fehlende Wertschätzung und Gerechtigkeit. Letztere legen hingegen viel Wert auf privates Fortkommen, persönlichen Erfolg und stellen Kontrolle vor Vertrauen.

Die Studie besagt, dass sich knapp 30 Prozent der Menschen sozial und politisch nicht eingebunden sehen und darüber hinaus empfinden, keine Kontrolle über ihr eigenes Leben zu haben. Sie sind zunehmend desorientiert im Links-Rechts-Schema, haben auch deshalb weniger Politikinteresse und sehen somit ihre persönliche Handlungsmacht stark eingeschränkt. Allgemein fühlt sich dieser „unsichtbare“ Teil wenig wertgeschätzt, über die Hälfte der Nichtwähler sind in dieser Gruppe zu finden. Die „Unsichtbaren“ sind zwar tendenziell jung und politisch fragmentiert, haben aber nach den „Wütenden“ die höchste Affinität zur AfD. Des Weiteren findet sich bei den „Pragmatischen“ ein hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wieder, bei den

„Enttäuschten“ überwiegt ein niedriger Sozialstatus. More in Common sieht in all diesen Eigenschaften der „Unsichtbaren“ Problem und Gestaltungsaufgabe zugleich.

BELIEBTE GRUPPEN UND ZENTRALE THEMEN

Die Studie beleuchtet auch gruppenbezogene Wertungen der Menschen. Dabei wird deutlich, dass die meisten Menschen Angehörigen der „Mehrheitsgesellschaft“ das größte Wohlwollen entgegenbringen. Obwohl sich das Wertefundament ähnelt, begegnen Menschen aus Ost und West einander immer noch mit Distanz. Skepsis, Gefühle der Ungleichbehandlung oder Bevorzugung von Geflüchteten und Musliminnen und Muslime sind hingegen in allen Teilen der Gesellschaft vorhanden und sogar mehrheitsfähig.

Beim Ranking relevanter politischer Themen wird deutlich, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Gerechtigkeit mit Abstand die größten Rollen spielen, noch vor der Migration. Weder das Aufstiegs- noch das Absicherungsversprechen sei eingelöst worden, betonen „Enttäuschte“ und „Wütende“. Generell gilt: Die große Mehrheit der Menschen empfindet den Status quo in Deutschland als ungerecht. Bezogen auf vergangenheitspolitische Themen ist auffällig, dass ganze 60 Prozent der Befragten keine Notwendigkeit in einer andauernden Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit sehen. Der „Schlussstrich“ stößt nur bei den „Offenen“ und „Involvierten“ auf Ablehnung. Ebenso spricht sich eine Mehrheit gegen historische Herleitungen eines moralischen Imperativs aus, zum Beispiel in Bezug auf eine „besondere Pflicht“ beim Recht auf Asyl. Trotzdem attestiert die Studie, dass sich die Gesellschaft „nominell weitgehend von alten ethnisch fundierten Zugehörigkeitskriterien verabschiedet“ habe.

Was die Art und Weise der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die genannten Themen angeht, gibt es sehr unterschiedliche Herangehensweisen

und Vorstellungen innerhalb der dreigeteilten Gesellschaft. Während die Stabilisatoren auf Debatte und Ausgleich setzen, tendiert das unsichtbare Drittel dazu, passiv zu schweigen, auch wenn es sich eine intakte Gesellschaft samt politischer Handlungsfähigkeit wünscht. Die beiden Pole setzen verschiedenförmig auf Konfrontation: Die „Offenen“ streiten, wohlwissend, dass es am Ende Kompromisse braucht. Die „Wütenden“ pochen wiederum auf die kompromisslose Durchsetzung ihrer Positionen.

VERTRAUENSKRISE UND ORIENTIERUNGSVERLUST

Die Studie legt nahe, dass sich die Politik in einer Vertrauenskrise befindet. Ganze 82 Prozent der Befragten haben demnach das Gefühl, politisch kein Gehör zu finden. Das liege auch daran, dass sich die Politik nicht den wichtigen Problemen widme, erklären 76 Prozent der Befragten. Neben der Vertrauensfrage drängt sich die Frage nach der Orientierung im traditionellen Rechts-Links-Schema auf. Die Ordnungskategorie links/rechts nimmt hierbei eindeutig in ihrer Aussagekraft ab. Während sowohl „Enttäuschte“ als auch „Wütende“ Gefühle von Zurücksetzung und ein sehr niedriges Vertrauen in Politik empfinden, können sich nur noch die „Wütenden“ auf der klassischen Achse selbst einordnen. Aber wie erreicht man Menschen, die sich selbst nicht politisch verorten möchten oder können? Die Ergebnisse der Befragung bestätigen, dass politischen Akteuren durch den Wegfall der Orientierung im Links-Rechts-Schema ein Instrumentarium fehlt, Menschen zu erreichen.

Die Befunde deuten darauf hin, dass altgediente Kategorien überdacht werden sollten und es sowohl in der Politik als auch in der Zivilgesellschaft neue Konzepte braucht, damit das „unsichtbare Drittel“ besser in die gesellschaftlichen Prozesse eingebunden werden kann. Über die Schlüsse, die More in Common selbst aus ihren Untersuchungen gezogen hat, gibt Geschäftsführerin Laura-Kristine Krause im folgenden Interview Auskunft.

„ZUSAMMENHALT BEDEUTET AUCH KONFLIKTFÄHIGKEIT“

Fragen an Laura-Kristine Krause von More in Common

Im Interview berichtet Laura-Kristine Krause über die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Studie „Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“⁽³⁾. Krause ist Geschäftsführerin von More in Common und baut seit 2018 das deutsche Büro und Team der länderübergreifenden Organisation auf.

– Frau Krause, was wollten Sie mit der Studie „Die andere deutsche Teilung“ herausfinden?

Mit unserer Studie wollten wir herausfinden, wie es um die gesellschaftliche Dynamik in Deutschland bestellt ist. Was verbindet uns, was trennt uns, wo genau laufen eigentlich die Konfliktlinien? Diese Fragen stellen sich aus gutem Grund, weil sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland seit einigen Jahren merklich verschlechtert. Zum Beispiel sehen wir in den USA, Großbritannien oder Frankreich (wo More in Common ebenfalls arbeitet), dass Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung bereits den Alltag der Menschen bestimmen und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft verhindern. Mit dem innovativen Forschungsansatz der Studie haben wir untersucht, wie es diesbezüglich in Deutschland aussieht. Bei More in Common sind wir fest davon überzeugt, dass man das Problem bestmöglich verstehen muss, um auch mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen zu können.

– Gab es Ergebnisse, von denen Sie überrascht waren?

Es gab mehrere Ergebnisse, mit denen ich nicht gerechnet habe. Mit unserem methodischen Ansatz, der Instrumente der Politikwissenschaft mit Ansätzen der Sozialpsychologie zusammenführt, konnten wir manche der vermeintlichen Trennlinien, die die öffentliche Debatte häufig prägen, nicht bestätigen. Zum Beispiel ist die Frage von Ost und West nicht so wirkmächtig für die Frage

gesellschaftlicher Spaltung in Deutschland, wie man angesichts der öffentlichen Debatte oft denkt. Stattdessen haben wir eine „Dreiteilung“ der deutschen Bevölkerung vorgefunden – je nachdem, wie gut eingebunden die Menschen in die Gesellschaft sind und mit welcher Perspektive sie auf sich und ihr direktes persönliches Umfeld blicken. Aus diesem Grund haben wir uns für den Studientitel „Die andere deutsche Teilung“ entschieden.

Ich fand außerdem überraschend, dass viele Menschen über sehr ähnliche Dinge nachdenken, auch wenn sie dafür unterschiedliche Worte verwenden. Vor allem erleben viele in ihrem Alltag ein kaltes und raues gesellschaftliches Klima, das ihnen Sorgen bereitet. Zur gleichen Zeit wünschen sich viele im Land einen Aufbruch und eine aktive Gestaltung der Zukunft. In ihren Augen tut Deutschland zu wenig, um den bestehenden Wohlstand auch für die nächsten Jahrzehnte zu sichern.

– Sie haben in Ihren Befragungen zwei Gruppen ausgemacht, die Pragmatischen und die Enttäuschten, die Sie als „unsichtbares Drittel“ beschreiben (vgl. Grafik „Dreiteilung“ Seite 28). Warum sind diese unsichtbar?

Das unsichtbare Drittel fühlt sich im Vergleich zum Rest der Gesellschaft häufiger einsam, es fehlt an persönlicher Einbindung und an dem wichtigen Gefühl, Einfluss auf das eigene Leben und die Gesellschaft nehmen zu können. Auch in politisch-gesellschaftlichen Fragen sind diese Menschen weniger als andere involviert, bleiben oft passiv und finden nicht, dass der politische Raum ihnen eine gute Orientierung liefert. Ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich demnach im wahrsten Sinne des Wortes als unsichtbar. Damit unterscheiden sie sich zum Beispiel ganz deutlich von den gesellschaftlichen Polen der Offenen und der Wütenden. Als Treiber der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind die nämlich sehr präsent im öffentlichen Diskurs und – im Fall der Wütenden – zugleich auch diejenigen, die am wenigsten kompromissbereit sind. Es besteht also die Gefahr, dass den einen viel öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, während das unsichtbare Drittel übersehen wird.

Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?



Quelle: More in Common (2019)

– Wieso sollte man diesem Drittel mehr Aufmerksamkeit widmen?

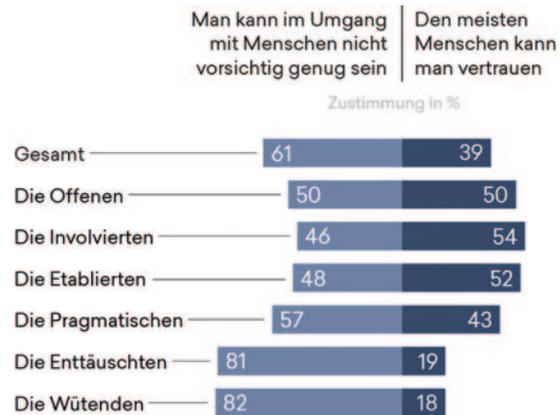
Für ein gesundes Gemeinwesen ist es von Bedeutung, dass alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht und gehört werden. Ein Gemeinwesen, das nur einen begrenzten Anteil der Gesellschaft einbindet, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, alle Menschen angemessen zu repräsentieren. Deswegen ist es uns wichtig, auf das unsichtbare Drittel hinzuweisen, gerade weil dies eben oft Menschen sind, die aktuell von politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft weniger gut erreicht werden. Für die Politik gibt es auch wichtige Argumente und Anreize, sich stärker mit den Unsichtbaren zu beschäftigen. Das unsichtbare Drittel ist nämlich oftmals sehr jung und zählt viele Nichtwählerinnen und -wähler in seinen Reihen.

– Unterscheidet sich die gesellschaftliche Konstellation, die Sie für Deutschland beschrieben haben, von der anderer westlicher Staaten?

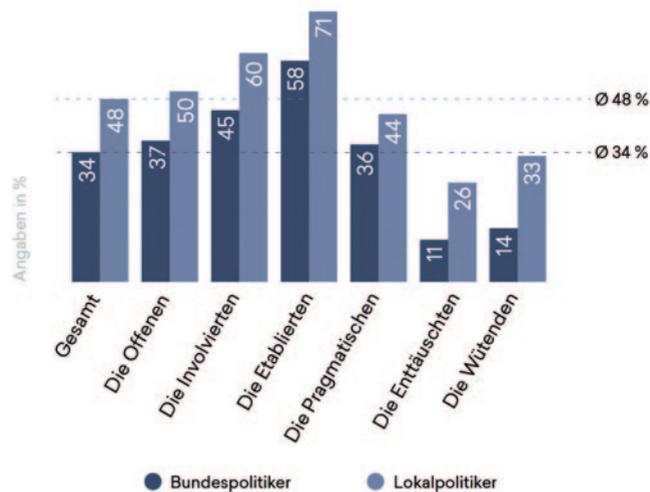
Ich sage immer gerne: Die „Zutaten“ der gesellschaftlichen Spaltung, die wir etwa in den USA sehen, gibt es auch bei uns in Deutschland, aber sie sind bei uns noch nicht zu dem toxischen Gemisch „zusammengerührt“, das wir dort sehen. Auch hier ist die Debatte über gesellschaftliche Trennlinien hinweg schwierig, gemeinsame Informationsräume schwinden, die Presse gerät unter Druck und vor allem haben wir in unserer Studie eine „doppelte Vertrauenskrise“ identifiziert: einerseits zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik, andererseits auch zwischen den Menschen selbst. Das heißt, die gesellschaftliche Substanz ist bereits angegriffen.

Wir sollten nicht den Fehler machen zu glauben, dass wir in Deutschland aufgrund unserer Vergangenheit davor gefeit sind, tiefer in diese gesellschaftlichen Konfliktynamiken hineinzugeraten. Gleichzeitig sehe ich aber bei uns auch viele Vorteile, mit denen wir einer weiteren Spaltung entgegenwirken könnten: Wir haben eine hochaktive Zivilgesellschaft, viele Stifterinnen und Stifter, ein politisches System, das keine 50:50-Polarisierung herbeiführt, und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für unsere eigene Arbeit bei More in Common ist die Situation in anderen Ländern eine Mahnung und Motivation, frühzeitig gesellschaftliche Gräben einzuebnen.

Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu?



Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie den jeweiligen Personen bzw. Personengruppen vertrauen.



– **More in Common erhebt nicht nur Daten, sondern trägt diese auch in die Praxis. Mit welchen Einrichtungen hatten Sie im Nachgang der Studie bereits zu tun?**

Eine Kernerkenntnis unserer Studie ist es, dass es für eine gesellschaftliche Mehrheit immer Menschen braucht, die anders ticken als man selbst, und dass es für den Zusammenhalt besonders wichtig ist, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die anders sind als man selbst. Wir motivieren also Einzelpersonen kontinuierlich zum Perspektivenwechsel und alle zivilgesellschaftlichen und politischen Akteure (also NGOs, Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften, Parteien, aber auch die Wirtschaft), ihre Rollen für den Zusammenhalt und das gesellschaftliche Klima zu reflektieren. Vor allem die Frage, wer erreicht und wer nicht erreicht wird, ist dabei wichtig. In Hinblick auf das unsichtbare Drittel braucht es wahrscheinlich auch Akteure, die sich selbst nicht unbedingt als gesellschaftlich relevant empfinden, etwa Betreiber ganz normaler Alltagsorte. Um diesen Perspektivenwechsel zu erleichtern, entwickeln wir aktuell mit Unterstützung der Schöpflin Stiftung ein Toolkit, das unsere Studien-erkenntnisse in Werkzeuge für die gesellschaftliche Praxis umwandelt. Außerdem beschäftigen wir uns trotz Corona-Pandemie mit Unterstützung der Stiftung Mercator mit der Frage, an welchen Orten in unserer Gesellschaft eigentlich noch Menschen mit verschiedenen Hintergründen, Werten und Überzeugungen aufeinandertreffen. Dieses Projekt soll uns und unseren Partnern eine Wissensgrundlage dafür liefern, wo wirkungsvolle gesellschaftliche Begegnung am besten stattfinden kann.

– **Ist die Diskussion um voneinander abgeschottete Milieu-„Blasen“, zwischen denen mindestens Sprachlosigkeit, manchmal aber sogar Hass herrscht, übertrieben?**

Wir sehen zum einen, dass sich die gesellschaftlichen Prioritäten und Wertvorstellungen der Menschen maßgeblich unterscheiden – womöglich in größerem Maße, als das jede und jeder Einzelne in seinem persönlichen Umfeld mitbekommt. Zum anderen berichten die Menschen in unserer Forschung von einem Gefühl der wachsenden „Sprachlosigkeit“: Es werde immer schwerer,

über Trennlinien hinweg mit anderen zu diskutieren und im Zweifelsfall auch zu streiten. Man scheut zunehmend davor zurück, weil die Stimmung als zu riskant wahrgenommen wird.

Deshalb steht zu befürchten, dass die gegenwärtige Streitfähigkeit nicht ausreicht, um die großen Herausforderungen unserer Zeit produktiv zu bearbeiten. Und davon gibt es genug. Von der Klimapolitik über die Migration bis zu fundamentalen Gerechtigkeitsfragen gibt es viele wichtige Themen, die unsere Zukunft entscheidend prägen werden. In unseren Augen bedeutet Zusammenhalt auch Konfliktfähigkeit. Letztere muss alleine deswegen besser werden.

– Wir haben erlebt, dass es bei vielen sozialen Trägern Vorbehalte gibt, sich auf Zielgruppen einzulassen, die der Migrationsgesellschaft skeptisch gegenüberstehen. Müssen denn alle mit allen reden?

Ich verstehe diese Skepsis, denn auch unsere Daten zeigen, wie weitverbreitet schwerwiegende Ressentiments gegenüber kulturellen Minderheiten sind. Es ist also beileibe nicht immer einfach, die nötige Kraft für einen eher schwierigen Austausch aufzubringen. Aber vermutlich wird zivilgesellschaftliche Arbeit langfristig nicht weiterkommen, wenn nur Zielgruppen erreicht werden, die bereits jetzt dem Thema Migration gegenüber vollumfänglich aufgeschlossen sind. Es sollte nicht so sein, dass diejenigen, die ambivalent sind, ein Stück weit sich selbst überlassen und dann im schlimmsten Fall nur von Migrationsgegnern adressiert werden. Dabei geht es ausdrücklich nicht um das „Zugehen“ auf radikale Einwanderungsgegner, sondern um den Austausch mit Menschen, die bestimmte Fragen zu Migration haben. Die Gesellschaft in Deutschland ist ja nicht nur in bedingungslose Befürworter der Einwanderung und Extremisten gespalten, die jegliche Zuwanderung ablehnen, wie das seit 2015 oft suggeriert wurde. Auch unabhängig vom Thema Migration muss man sich immer wieder vor Augen führen, dass die meisten Menschen tief in sich mit unterschiedlichen und manchmal widersprüchlichen Gefühlen und Perspektiven ringen, wenn es um derlei Themen geht, und keineswegs ein geschlossenes, abschließend sortiertes Weltbild haben. Sich auf diese Widersprüchlichkeit ein-

zulassen und da auch einzuhaken ist nicht immer einfach, aber es nicht zu tun wäre eine verpasste Chance, genau diese Menschen zu gewinnen.

– Auch Menschen mit Migrationsgeschichte finden sich im „unsichtbaren Drittel“ wieder. Lässt sich daraus eine spezifische Aufgabe für Migrantenorganisationen ableiten?

Ich möchte keine Aufgaben verteilen, aber das ist in der Tat ein Ergebnis, das wir selbst hochspannend fanden. Wir wissen zwar um die Schwächen des Begriffs „Migrationshintergrund“, da ihn viele als stigmatisierend empfinden und er wenig über die Lebensrealität der Menschen aussagt. Dennoch finden wir die Erkenntnis sehr wichtig, dass es auf Basis unseres Forschungsansatzes (der andere Dinge in den Fokus stellt) oft auch Menschen mit persönlicher oder familiärer Migrationsgeschichte sind, die weniger zu Wort kommen und öfter das Gefühl haben, einsam zu sein und keine Unterstützung zu erfahren. Dies gilt zum Beispiel für die Pragmatischen, den gesellschaftlichen Typ mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte in unserer Studie. Sie sind besonders jung und haben kaum Bezug zur Gesellschaft im „Großen“, weil sie selten in abstrakten gesellschaftlichen Kategorien denken und deshalb mit gängigen Schlagworten wie „Solidarität“, „offene Gesellschaft“ oder „Teilhabe“ nicht immer etwas anfangen können. Wer sie ansprechen will, sollte sich stattdessen auf ihre eigene unmittelbare Lebenswirklichkeit beziehen. Den Pragmatischen ist ihr persönliches Fortkommen sehr wichtig. Wir empfehlen allen, die sich für sie interessieren, in der Interaktion das in den Fokus zu stellen. Für Migrantenorganisationen gilt das genauso.

– Welche Schlüsse haben Sie für Ihre Organisation aus den Ergebnissen der Studie gezogen, und wie wollen Sie mit den Zahlen weiterarbeiten?

Die Daten erlauben es uns natürlich, den Finger regelmäßig in die Wunde zu legen, etwa in Richtung Politik. Vor allem aber ist die Studie feste Grundlage unserer praktischen Arbeit, für die wir einzelne Themenbereiche vertiefen oder bei der wir in der Forschung identifizierte Problembereiche direkt angehen. Zum Beispiel beschäftigt uns das Thema Vertrauen gerade sehr, sowohl das der

Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen als auch untereinander. Oder wie wir es durch neue Formate, neue Begegnungsorte oder eine andere Sprache schaffen, neue Gruppen in der Gesellschaft zu erreichen. Gleichzeitig sehen wir uns als Anlaufstelle für alle Organisationen, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die konkrete Unterstützung oder Partner beim Ansprechen neuer Zielgruppen suchen. Wir arbeiten zu vielen verschiedenen Themen und hoffen so auch ein bisschen zwischen verschiedenen Bereichen übersetzen zu können.

More in Common hat sich als Organisation dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Ihr Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach ihrem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weit mehr als ein friedliches und zugewandtes gesellschaftliches Miteinander. Er ist Vorbedingung für einen zentralen Aspekt lebendiger Demokratie: Streitfähigkeit über alle Unterschiede hinweg. More in Common ist eine überparteiliche Organisation, die mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Sie hat Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland.



HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN EINES DIALOGS MIT DER BEWEGLICHEN MITTE

Aus den Studien, die im vorhergegangenen Kapitel behandelt wurden, lassen sich erste Herausforderungen ableiten, die sich für die Ansprache von Zielgruppen aus der beweglichen Mitte der Gesellschaft ergeben. Eine zentrale Schwierigkeit besteht darin, eine Sprache zu finden, die den eigenen Ansprüchen und Werten genügt, das Gegenüber dabei aber nicht verschreckt. In einem Austausch zwischen Teilnehmenden und Veranstaltern der vom Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft im November 2020 ausgerichteten digitalen Fachwoche⁽²⁶⁾ wurden unter anderem folgende Hindernisse zusammengetragen, die es zu überwinden gelte:

1. In Teilen der beweglichen Mitte existiere eine Abwehrhaltung gegenüber rassistischer Sprache. Diese Skepsis steht dem Bedürfnis zivilgesellschaftlicher Akteure in dem Themenfeld gegenüber, auf eine sensible Verwendung von Sprache besonders zu achten.
2. Auf Seiten der beweglichen Mitte existierten verbreitet Ängste davor, eigene Privilegien zu verlieren und das eigene Weltbild revidieren zu müssen, wenn bislang benachteiligte Gruppen nach Gleichberechtigung streben. Daraus ergebe sich ein spürbares Spannungsverhältnis, das schwer aufzulösen sei.
3. Aufgrund der angespannten gesellschaftlichen Debatten sei es schwierig Räume zu schaffen, die einen konstruktiven Dialog ermöglichen würden.

Gerade für viele Aktivistinnen und Aktivisten und für von Rassismus Betroffene würde es eine große Zumutung darstellen, die hart erarbeiteten Standards und Maßstäbe einer rassistischen Sprache teilweise wieder zu verlassen. Im Interview erklärt Martin Gerlach von der Türkischen Gemeinde in Deutschland dazu unten mehr (siehe Seite 52 ff). Mehrere Teilnehmerinnen der Fachwoche stellten jedoch fest, dass es nicht ausreichen würde, gegen Missstände zu protestieren, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Es müsse parallel versucht werden, möglichst große Teile der Bevölkerung von den Forderungen zu überzeugen. Hier sei es mitunter nötig, sich selbst zu bewegen, um andere anzuregen, dies ebenfalls zu tun.

Eine solche Gratwanderung können und wollen sicherlich nicht alle wagen. Für diejenigen, die es versuchen, kann es hilfreich sein, sich in einem ersten Schritt der eigenen Ziele und Werte zu versichern. Es geht also darum eine Standortbestimmung vorzunehmen und Grenzen zu formulieren, die man nicht bereit ist zu überschreiten. Mit dieser Rüstung lässt es sich anschließend selbstbewusster in die Auseinandersetzung gehen.

Es geht aber auf der anderen Seite auch nicht ohne eine gewisse Bereitschaft, sich empathisch mit den Sichtweisen, Lebensumständen und Anliegen der Zielgruppe zu beschäftigen.

Während der Fachwoche wurde zudem darauf verwiesen, dass man sich genau anschauen sollte, mit wem man es gerade zu tun hat und außerdem, welche Institutionen oder Einzelpersonen als mögliche Türöffner zu den neuen Zielgruppen fungieren könnten. Um herauszufinden, welche Teile der Bevölkerung wie adressiert werden können, lohnt es sich, einmal den Blick von der beweglichen Mitte als eine feste Gruppe zu lösen und sich das Zwiebelmodell der sozialen Bewegungen näher anzuschauen.

ZIELGRUPPEN BESCHREIBEN MIT DEM ZWIEBELMODELL DER SOZIALEN BEWEGUNGEN

Die Frage, welche Zielgruppen von Angeboten der politischen Bildung erreicht werden können und wie dies am besten funktionieren kann, ist nicht pauschal zu beantworten. Anhaltspunkte kann das sogenannte Zwiebelmodell der sozialen Bewegungen bieten. Es wurde 2001 im Berliner Zentrum Demokratische Kultur auf Basis der Arbeiten des Bewegungsforschers Dieter Rucht entwickelt⁽²⁷⁾.

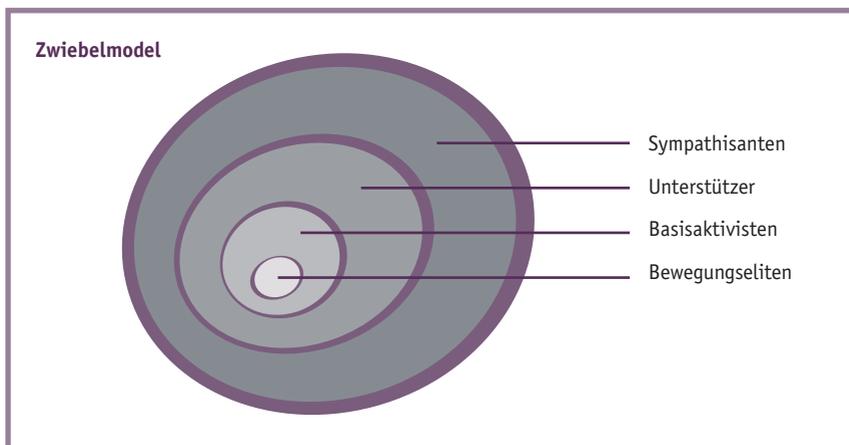
Die Organisation einer sozialen Bewegung lässt sich nach diesem Modell mit einem Bild konzentrischer Kreise vergleichen, wie es beim Querschnitt einer Zwiebel sichtbar wird.

Im innersten Kern der Bewegung sitzen dabei die *Bewegungseliten* oder *Bewegungsunternehmer*. Diese sind erfahrene Personen, die Organisations-, Leitungs- und Orientierungsfunktionen übernehmen. Sie sind für die Ausarbeitung der Programme oder auch einer Utopie verantwortlich, verfassen Handlungs- und Aktionskonzepte, Rechtfertigungsschriften oder Flugblätter.

In einem nächsten Kreis um den Kern gruppieren sich *Basisaktivisten*. Dazu zählen Personen, die regelmäßig an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilnehmen und ihnen übertragene Aufgaben wahrnehmen. Die Organisations- und Ideologiedichte ist hoch, allerdings können diese Personen nur geringeren Einfluss nehmen als es die Bewegungseliten tun.

Im dritten Kreis bewegen sich *Unterstützer*. Diese investieren sehr viel weniger Zeit und finanzielle Ressourcen in die Bewegung. Sie nehmen nur gelegentlich an ausgewählten Aktionen teil und leisten vor allem symbolische Unterstützung etwa in Form von Unterschriften auf einer Protesterklärung.

Schließlich gibt es den äußersten Kreis mit den *Sympathisanten*. Diese unterstützen die Bewegung vor allem ideell und, etwa indem sie deren Positionen in Gesprächen vertreten.



Nach dem Zwiebelmodell ist die Anhängerschaft einer sozialen Bewegung auf mehreren Ebenen einzuordnen, die sich nach dem Grad des Engagements und der Überzeugung bemessen.

DAS ZWIEBELMODELL FÜR RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

Auch einige Forscher, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, greifen auf die Analyse sozialer Bewegungen zurück. Der Politikwissenschaftler Thomas Grumke hat die Einteilung des Zwiebelmodells für soziale Bewegungen auf den Rechtsextremismus angewendet und daraus zielgruppenspezifische Maßnahmen abgeleitet, um gegen diese Bewegung zu wirken ⁽²⁸⁾:

Für den innersten Kern der Bewegungseliten funktioniert aus seiner Sicht nur Repression, bei Basisaktivisten schlägt er eine Mischung aus repressiven Maßnahmen, Ausstieg und Ansprache vor. Um sich mit Unterstützern auseinanderzusetzen sind Deradikalisierung, Ansprache und Bildung für ihn geeignete Mittel, für Sympathisanten Bildung sowie soziale Einbindung und Integration.

Die Versuche, mögliche Zielgruppen differenzierter zu beschreiben, haben hier ganz praktische Relevanz. So sehr wir es uns auch wünschen: Das eine Mittel zur Auseinandersetzung mit „den Rechtsextremen“ gibt es nicht. Wohl aber gibt es abgestufte Maßnahmen, die zielführend sein können, wenn es darum gehen soll, dass rechtsextreme Einstellungen und Handlungen weniger Platz in der Gesellschaft haben.

Noch schwieriger als beim Rechtsextremismus ist es beim Rechtspopulismus, sich die Bewegung als einheitliche Masse vorzustellen, für die es ein funktionierendes Gegenmittel geben könnte. Deshalb ist es sinnvoll, das „Zwiebelmodell“ einmal auf die Menschen anzulegen, die sich in und um die AfD gruppieren.

Auch hier gibt es ein Spektrum, das von einem programmatischen inneren Kern – zum Beispiel mit den Namen Alexander Gauland und Björn Höcke verbunden – bis hin zu Sympathisanten reicht, die in nicht unerheblicher Anzahl der AfD bei Wahlen ihre Stimme gegeben haben. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat damit begonnen, den völkisch-nationalistischen „Flügel“ sowie die „Junge

Alternative“ zu beobachten. Daraus können perspektivisch auch staatliche Repressionsmaßnahmen gegen innerste Kreise der AfD resultieren. Zudem können Ideologiekritik wie auch Ausstiegsangebote weitere Instrumente sein, um dem rechtspopulistischen Bewegungseliten und Basisaktivisten zu begegnen.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger oder zivilgesellschaftliche Akteure haben wahrscheinlich wenige Möglichkeiten, überzeugte Parteikader zu einem Umdenken zu bewegen – weil diese in ihrem Weltbild meist sehr gefestigt sind, aber auch, weil der direkte Kontakt doch eher die Ausnahme darstellt. Die größte Veränderung kann wohl bewirkt werden, wenn Unterstützer und Sympathisanten in den Blick genommen werden, die sich aus verschiedenen Beweggründen von den einfachen Lösungen der Rechtspopulisten angesprochen fühlen, aber keine geschlossene Ideologie verfolgen. Hier bringen Ideologiekritik und Repression wenig, sondern eher Prävention und (Re-)Integration. Ein bedeutsamer Ansatzpunkt ist dabei die Auseinandersetzung mit Menschen in einer Phase, in der sie sich gerade beginnen zu radikalisieren und drohen, der Mitte abhanden zu kommen.

Die Zwiebel kann für derartige Entwicklungen ebenfalls als anschauliches Modell erhalten, da es nicht nur eine differenzierte Betrachtung der Bewegungsstruktur zulässt, sondern auch Dynamiken und Wandel auf und zwischen den einzelnen Zwiebelschichten erfassen kann.

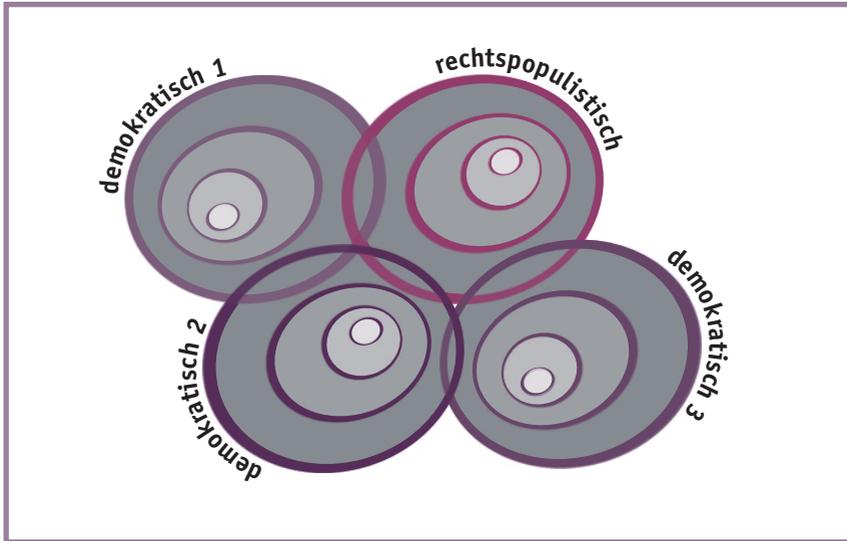
DEMOKRATISCHE BEWEGUNGEN

Natürlich kann dieses Modell nicht nur Bewegungen vom rechten Rand beschreiben. Es ist ebenfalls lohnenswert, das „Zwiebelmodell“ auf soziale Bewegungen anzuwenden, die sich für eine Stärkung der Demokratie in Deutschland einsetzen. Noch mehr als für Rechtsextremismus und Rechts-

populismus gilt hier das Postulat der Differenzierung. Viele demokratische Gruppen engagieren sich für das Gemeinwohl. So entsteht hier wohl eher ein Bild, auf dem unterschiedliche „Zwiebelmodelle“ nebeneinander zu sehen sind.

Der Blick auf die Schichten macht deutlich, dass es auch bei den Demokratinnen und Demokraten unterschiedliche Grade an Verortung und Engagement gibt – also Bewegungseliten, Basisaktivisten, Unterstützer, Sympathisanten. Daraus kann wiederum abgeleitet werden, wie diese Menschen am besten angesprochen werden können.

Zu den inneren Kreisen gehören Menschen, die starke demokratische Überzeugungen haben und sich haupt- oder ehrenamtlich für die Stärkung der Demokratie einsetzen. Dazu zählen beispielsweise staatliche und gesellschaftliche Verantwortungsträger, Multiplikatoren im Bildungsbereich, Engagierte in Vereinen und demokratischen Parteien oder auch Mitwirkende in speziellen Förderprogrammen. Hilfreich für diesen Personenkreis sind Angebote, die dem Austausch, der Vernetzung und Selbstvergewisserung dienen. Demokratisches Engagement ist anstrengend. Deshalb ist es wichtig, dass aus gemeinsamen Aktivitäten auch Motivation und Kraft geschöpft werden kann. Zugleich sind die engagierten Akteurinnen und Akteure immer wieder aufs Neue herausgefordert, ihre eigene Haltung und ihre Handlungsweisen zu hinterfragen.



Bei den Anhängerschaften verschiedener sozialer Bewegungen, zum Beispiel demokratischer oder rechtspopulistischer, gibt es sowohl Schnittmengen als auch mögliche Veränderungsprozesse. Sympathisantinnen und Sympathisanten des Rechtspopulismus waren dies in den meisten Fällen nicht schon immer, Unterstützerinnen und Unterstützer demokratischer Bewegungen können sich auch wieder von ihnen abwenden.

UNTERSTÜTZER UND SYMPATHISANTEN ALS ZIELGRUPPEN

Oftmals haben wir sehr festgelegte Bilder im Kopf, wenn wir von „den Rechtspopulisten“ oder „den Demokratinnen und Demokraten“ ausgehen. Diese entsprechen wesentlich dem inneren Kern der jeweiligen Bewegungen. Generell sind die politischen Vorstellungen bei Menschen, die sich in starkem Maße als Bewegungseliten und Basisaktivisten in einer solchen Bewegung engagieren, stärker verfestigt, als bei den Unterstützern und Sympathisanten. Im inneren Kern wirken stärkere Beharrungskräfte, mögliche von außen initiierte Veränderungsprozesse sind langwieriger und an sich weniger erfolgversprechend.

Natürlich gehört niemand zwingend für immer und ewig einer dieser Gruppen an. Doch bei Sympathisanten und Unterstützern ist die Wahrscheinlichkeit zur Veränderung größer, weil sie mit ihren politischen Einstellungen häufig nicht so festgelegt sind. Sie sind für Einflüsse aus unterschiedlichen Richtungen empfänglicher.

In diesen Bevölkerungssegmenten sind auch die größten Zielgruppenpotenziale für politische Bildungsarbeit anzusiedeln. Tatsächlich gibt es wohl viele Menschen mit einem positiven Bewusstsein zur Demokratie, die sich gleichsam auf der Schwelle zu Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern befinden. Die Herausforderung besteht darin diese zu ermutigen, sich noch stärker zu engagieren. Zudem gilt es, nicht nur vor der eigenen Tür zu kehren:

- Unterstützer und Sympathisanten der Demokratie können sich von der Demokratie abwenden, im schlechtesten Falle auch dem Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus zuwenden. Dies gilt es zu verhindern. Zugleich ist es notwendig, dass manche ihr Engagement intensivieren, damit eine ausreichende Anzahl an Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern vorhanden ist, die Funktionen und Aufgaben in der Demokratie übernehmen können.
- Unterstützer und Sympathisanten des Rechtspopulismus sind dies nicht immer gewesen. Es kann verhindert werden, dass sie noch weiter in die rechtspopulistische Lebenswelt eintauchen. So wie ein Einstieg möglich ist, ist auch ein Ausstieg möglich. Unterstützer und Sympathisanten des Rechtspopulismus können sich zukünftig auch politisch neutral verhalten, bzw. von demokratischen Vorstellungen überzeugt werden.

Gestützt auf die bisherigen Überlegungen lässt sich schließen, dass Menschen aus den Reihen der Unterstützer und Sympathisanten einer Bewegung tendenziell zur Kategorie der „beweglichen Mitte“ gezählt werden können und für politische Bildung und einen Dialog erreichbar sein könnten. Dabei ist es nicht immer auszumachen, ob die Betroffenen mehr zum Umfeld der Demokraten gehören oder mehr zu einer radikalen Bewegung tendieren – die Übergänge sind fließend. Es wäre nur verheerend, würde man alle Menschen, deren Vertrauen in die Demokratie angeschlagen ist, als „Nazis“ abstempeln,

sie verloren geben und offen bekämpfen, so wie es bei Mitgliedern extremistischer Bewegungseliten sehr wohl richtig sein kann.

BEWEGLICHE MITTE UND MIGRANTEN-COMMUNITIES

Auch Mitglieder von Migranten-Communities gehören zur beweglichen Mitte, wie Laura-Kristine Krause im Interview festgehalten hat (siehe Seite 32). Vor allem sind sie in der von More in Common erstellten Kategorie der Pragmatischen zu finden. Für sie stellt das persönliche Fortkommen eine Priorität dar. Sie haben laut Krause zudem das Gefühl, weniger gehört zu werden und keine gesellschaftliche Unterstützung zu erfahren. Cihan Sinanoglu hat für die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) folgende Hypothesen aufgestellt:

1. „Skepsis gegenüber der Migrations- und Integrationspolitik lassen sich auch in der türkeistämmigen Community finden.
2. In der türkeistämmigen Community wird die Zuwanderung ebenfalls differenziert bewertet.“⁽²⁹⁾

Die Türkische Gemeinde in Deutschland geht davon aus, dass sich die bewegliche Mitte in der türkeistämmigen Community ebenso finden lässt wie in der übrigen Gesellschaft. Sie sieht aber die Notwendigkeit, für die Community zielgruppenspezifische Formate zu entwickeln, da die Kontexte zum Teil andere seien und in ihrer Spezifik betrachtet werden müssten (siehe Seite 52).

Auch der Bundesverband russischsprachiger Eltern beschäftigt sich mit der beweglichen Mitte innerhalb seiner Community. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beobachten dort Vorbehalte gegenüber Asylsuchenden und anderen Zuwanderern, wie sie auch in der übrigen Gesellschaft vorhanden sind. Zudem haben rechtspopulistische Organisationen und Parteien die Russischsprachigen

erfolgreich als Zielgruppe für sich erkannt, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung analysiert hat. Demnach war die AfD bei den letzten Landtagswahlen in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg unter den Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Kindern die beliebteste Partei. Die AfD füllt damit Lücken aus, die andere Parteien und Verbände lassen, weil sie sich um Russischsprachige schlichtweg nicht kümmern⁽³⁰⁾.

Dies zeigt, dass die Zielgruppe der beweglichen Mitte keine homogene Masse darstellt, die sich in schmale Schubladen pressen ließe. Im Grunde vereint die Kategorie viele Gruppen, die aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen kommen, aber bezogen auf die Beurteilung von Politik und auf das eigene Handeln gegenüber Staat und Gesellschaft Gemeinsamkeiten zeigen. Um diese Gruppen anzusprechen, sind ebenso viele Akteure nötig, die über jeweils spezifische Zugänge, Erfahrungen und die Bereitschaft verfügen, sich mit diesen im Dialog auseinanderzusetzen. Auf den folgenden Seiten stellen wir in einem Interview die Perspektive der Türkischen Gemeinde in Deutschland zu diesen Problematiken vor.

DIE CHANCEN LIEGEN IM PERSPEKTIVWECHSEL

Martin Gerlach, Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD), berichtet im Interview über die Sichtweise seiner Organisation auf das aus Umfragen entwickelte Konstrukt der „beweglichen Mitte“.

– Aus Sicht der Türkischen Gemeinde in Deutschland: In welchen Bereichen können das Konstrukt der „beweglichen Mitte“ und das Konzept, diese als Zielgruppe in den Fokus zu nehmen, hilfreich sein?

Das Erreichen der beweglichen Mitte findet in den Spannungsfeldern der Gestaltung einer Einwanderungsgesellschaft insgesamt statt und steht damit repräsentativ für die gesamte Thematik. Eine stabile gesellschaftliche Mehrheit hinter die Idee einer pluralen und chancengerechten Gesellschaft zu bringen, gerade wenn diese durch Kräfte wie die AfD massiv bedroht wird, ist wahrscheinlich das zentrale Ziel vieler demokratischer Kräfte. Da macht die TGD keine Ausnahme. Menschen zusammenzubringen und zu stärken, die sich bereits hinter dieser Idee versammeln, ist ebenfalls wichtig. Das passiert durch die Arbeit vieler Organisationen schon seit Jahren. In diesem Bereich sind wir also erfolgreich gewesen.

Ein Befund der wissenschaftlichen Begleitung der Demokratieprogramme war jedoch folgender: Menschen, die zwar die Idee einer offenen Gesellschaft nicht massiv ablehnen, aber auch nicht von sich aus mit ihr sympathisieren, werden durch unsere Maßnahmen kaum oder gar nicht erreicht, ja nicht mal durch unsere Sprache und unsere Bilder. Trotz der Komplexität der Aufgabe ist es unterm Strich sehr einfach: Wenn wir diese Menschen nicht erreichen, ihre Sprache nicht lernen und ihre Ängste nicht verstehen, dann tun es ziemlich sicher die Gegner der pluralen Gesellschaft und wir verlieren die Mehrheit früher oder später. Denn die Beweglichkeit ist eben leider in beide Richtungen gegeben. In diesem Sinne ist es absolut unerlässlich, mit dieser Zielgruppe zu arbeiten, ganz gleich, welchen Namen man ihr gibt. Eine zentrale Frage ist in diesem Kontext: Wo finden wir sie eigentlich? In welchen Räumen ist die Offenheit zur Zusammenarbeit mit dieser Zielgruppe gegeben?

– Wo möchte die TGD nun ansetzen?

Unsere Auseinandersetzung als TGD und auch als „Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ hat gerade erst begonnen. Es zeichnet sich aber jetzt schon ab, wie wichtig es sein wird, einzelne Zielgruppen, beispielsweise humanitäre Skeptiker*innen und Wirtschaftspragmatiker*innen, genau anzusehen oder anzusprechen. Genauso wichtig ist es, thematisch zwischen der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft und der Migrationspolitik zu differenzieren.

Mit Blick auf die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft sind wir in einer Phase der Umverteilung. Chancengerechtigkeit existiert nicht – nicht für Menschen mit Rassismuserfahrungen, nicht für Frauen, nicht für Ostdeutsche, nicht für Menschen mit Behinderung, nicht für Menschen aus der LGBTIQ-Community, nicht für Nicht-Akademiker*innen usw. Dabei formuliert unser Grundgesetz einen Anspruch auf Chancengerechtigkeit ziemlich deutlich. Das ist ein moralisches Dilemma für alle Menschen, die aktuell von Privilegien profitieren, die eigentlich sogar in ihrem eigenen Weltbild nicht legitim sind. Das sind nicht nur die sprichwörtlichen „weißen Männer“, sondern alle Menschen, die als Gruppe betrachtet Privilegien genießen, wie zum Beispiel Akademiker*innen. Wir sprechen viel über Mehrfachdiskriminierungen und ihre Auswirkungen. Das ist auch richtig so. Aber wir sprechen viel zu wenig über Privilegien und die Dynamiken der Solidarität unter den Privilegierten in den verschiedenen Gruppen. Diese Prozesse des Zementierens von Ungleichheit(en) setzen kein Bewusstsein voraus, also keine Absicht. Sie brauchen nicht mal ein aktives Handeln, denn das Bewahren einer Situation erfordert nun mal kein Tun, sondern nur ein Unterlassen. Dieses Unterlassen verursacht eine Trägheit der Systeme und ist die Erläuterung dafür, dass selbst Frauen, also die Hälfte der Gesellschaft, es nicht ohne Quotierungen schaffen werden, eine Chancengerechtigkeit zu erzielen.

Für uns als Türkische Gemeinde ist es wichtig, diese Prozesse ins Bewusstsein der Gesellschaft zu heben und deutlich zu machen, dass Chancengerechtigkeit nicht nur geboten ist (Wertekonsens Grundgesetz), sondern auch die Voraus-

setzung für einen dauerhaften inneren Frieden unserer Gesellschaft darstellt. Anders formuliert: Solange das Versprechen unserer Verfassung für viele Menschen uneingelöst bleibt und Diskriminierung eine alltägliche Realität darstellt, so lange ist der Wertekonsens für viele Menschen leider eine Farce. In unseren Augen ist es wichtig, die Zielgruppen der beweglichen Mitte zu sensibilisieren und sie gleichzeitig davon zu überzeugen, dass auch sie in einer chancengerechten Gesellschaft etwas zu gewinnen haben.

Beim Blick auf die globale Migrationspolitik zeigen sich Parallelen, nur eben auf der Ebene der „Weltgemeinschaft“. Auch hier gibt es Privilegien, die übrigens im Zuge schlimmster Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Zeiten des Kolonialismus entstanden sind. Die Auswirkungen manifestieren sich heute unter anderem in Fluchtursachen.

Das Bewusstsein für solche Zusammenhänge endet leider oft dort, wo Privilegien ernsthaft bedroht scheinen. Uns ist es auch in diesem Feld wichtig, einen pragmatischen Weg zu finden, um zu überzeugen und den Versuch zu unternehmen, die Sprachen und Bilder der Zielgruppen zu verstehen und Anknüpfungspunkte zu finden.

– Und wo weist das Konzept der „beweglichen Mitte“ Mängel auf?

Das Konzept vereinfacht die Realität durch das Schaffen von Schubladen. Es definiert zum Beispiel Gruppen wie humanitäre Skeptiker*innen oder Wirtschaftspragmatiker*innen. Das ist vermutlich erforderlich, damit die komplexe Realität greifbar wird, birgt aber auch Risiken. Außerdem ist das Nachdenken darüber, wie sich Menschen erreichen oder auch überzeugen lassen, ein Ansatz, der den kritischen Blick auf Machtverhältnisse und die notwendigen Veränderungen von Strukturen nicht per se umfasst. Wenn diese strukturelle Sichtweise nicht mitgedacht wird, kann eine Arbeit mit der beweglichen Mitte dazu führen, dass sich Machtverhältnisse stabilisieren, die eigentlich aufgebrochen werden sollten. Das ist ein Einwand, dem sich all diejenigen stellen müssen, die sich jetzt auf den Weg machen, um die bewegliche Mitte zu erreichen.

– Wo seht ihr für die TGD Möglichkeiten und Grenzen bei dem Versuch, sich im Diskurs auf Mitglieder der beweglichen Mitte einzulassen?

Grundsätzlich verlangen wir von weiß gelesenen Menschen, dass sie sich einem Perspektivwechsel öffnen und versuchen, die Welt mit unseren Augen zu sehen. Andersherum bringen wir auch die Bereitschaft mit, uns mit Perspektiven zu befassen, die uns ferner sind.

Die TGD sieht und nutzt vielfältige Möglichkeiten, die Gesellschaft im Diskurs mit anderen Menschen weiterzuentwickeln, die unsere Ansichten nicht teilen. Alleine als politische Interessenvertretung der türkeistämmigen Menschen haben wir es ständig mit Politiker*innen zu tun, die der beweglichen Mitte zuzurechnen sind, übrigens in allen Parteien. Wir suchen nach Anknüpfungspunkten, um sie überzeugen zu können.

Ein Beispiel aus einem Bereich, wo wir große Fortschritte erzielen konnten, ist die gesetzliche Verankerung von Partizipation. Als wir 2013 einen Gesetzentwurf für ein Partizipationsgesetz auf Bundesebene in die politische Debatte eingebracht haben, sind wir bestenfalls belächelt worden. 2021 wird sich diese Forderung gleich in mehreren Wahlprogrammen wiederfinden. Dazwischen liegen acht Jahre harter und kleinteiliger Überzeugungsarbeit, unzählige Gespräche und Veranstaltungen mit Unterstützer*innen, aber auch Gegner*innen.

Im Bereich des Wahlrechtes oder der Staatsbürgerschaft sind wir kaum vorangekommen, da uns die politischen Mehrheiten fehlen. Noch!

Allerdings möchte ich betonen: Es ist verständlich, wenn Menschen und Organisationen, die gegen Rassismus kämpfen, eine Annäherung an diese Zielgruppe zunächst ablehnen und ihre Energie nicht darauf verwenden möchten, den sogenannten „besorgten Bürger*innen“ die „Welt zu erklären“. Gerade Menschen, die selbst unter (institutionellem) Rassismus leiden, konzentrieren sich auf die Herstellung von Chancengerechtigkeit und vor allem darauf, sich gegenseitig zu stärken (zu empower), um in einer Umwelt, die von Rassismus geprägt ist, bestehen zu können.

Eine „Anbiederung“ an die Weltbilder oder die Sprachen von Zielgruppen, die aus dieser Sicht nicht zum Teil der Lösung gehören, ist schwer zu ertragen. Das ist richtig so und wir schätzen diese Organisationen für ihre Arbeit sehr.

– Studien zeigen, dass Menschen aus der beweglichen Mitte tendenziell wenig Verständnis dafür haben, wenn Zuwanderung aus Armutgründen geschieht. Welche Schlüsse zieht ihr daraus?

Wir nehmen diese Haltung überall in der Gesellschaft wahr, also auch in der eigenen und in anderen Migrant*innencommunities. Auch hier lassen sich nur durch Begegnungen und Möglichkeiten zum Perspektivwechsel Veränderungen herbeiführen. Wenn Menschen sich mit dem Szenario beschäftigen, für ihre Familie keine Perspektive mehr und eine Auswanderung oder Flucht als Ausweg zu sehen, ist es nicht so schwer, Empathie herzustellen. Das funktioniert allerdings am besten, wenn die allgemeine Situation von Politik oder Presse gerade nicht als krisenhaft wahrgenommen wird. Für die TGD ist die Kooperation mit anderen Migrant*innenorganisationen ein zentrales Instrument für einen solchen Austausch.

Wie ich oben bereits erwähnt habe, halten wir es ansonsten für entscheidend, die Themen Migration und Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft getrennt voneinander zu betrachten.

– Auch Menschen mit Migrationsgeschichte werden zur „beweglichen Mitte“ gezählt. Was bedeutet das für die Arbeit mit euren Zielgruppen aus der türkeistämmigen Community?

Die TGD ist ja ein bundesweiter Dachverband von Organisationen und beherbergt eine Vielfalt engagierter Menschen, die sich im politischen Spektrum der Bundesrepublik in allen demokratischen Parteien wiederfinden, von der Linken bis zur CSU. Die sogenannte bewegliche Mitte ist damit definitiv Teil der TGD, wie sie auch Teil der türkeistämmigen Community insgesamt ist.

Die Menschen, die sich unter unserem Dach engagieren, erreichen damit die Teile der „weißen“ beweglichen Mitte an vielen Orten ganz selbstverständlich:

in Parteien, in Gewerkschaften, in anderen Vereinen. Obwohl der Kampf gegen (institutionellen) Rassismus die Mitglieder der TGD eint, gibt es unterschiedliche Ansichten über die Wege und Möglichkeiten, einer chancengerechten Gesellschaft näherzukommen. Der demokratische Diskurs ist in unserem Verband gelebte Realität und spiegelt sich auch in unseren Grundsatzpositionen wider. Diese Diversität beinhaltet die genannten Widersprüche zwischen moralischen Ansprüchen und dem Aufrechterhalten eigener, oft hart erkämpfter Privilegien – sei es nun bewusst oder unbewusst. Der Verband hat sich dabei schon früh dazu entschieden, als Antidiskriminierungsverband den Schulterschluss mit anderen Organisationen zu suchen, die gegen Diskriminierungen kämpfen, zum Beispiel durch gemeinsame Aktionen mit dem Lesben- und Schwulenverband Deutschlands, aber auch mit anderen Migrant*innenorganisationen. Diese Solidarität birgt in unseren Augen die Möglichkeit, die bewegliche Mitte zu erreichen, denn selbstverständlich gibt es Homophobie und Transfeindlichkeit in der Türkischen Community, wie es auch antitürkischen und antimuslimischen Rassismus in der LGBTIQ-Community gibt. Für die unmittelbare Arbeit mit Zielgruppen entwickeln wir spezifische Formate der politischen Bildung, um auch hier die „richtige“ Sprache und Ansprache zu finden. Und gemeint ist hier nicht Deutsch oder Türkisch, obwohl das eine Rolle spielen kann, sondern beispielsweise die Auswahl der Themen.



**SCHLUSSFOLGERUNGEN
UND ANSÄTZE
ZUR WEITERARBEIT**

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln versucht worden ist, den Nebel um die Gruppe der beweglichen Mitte anhand von Studien und theoretischen sowie modellhaften Überlegungen ein wenig zu lichten, sollen an dieser Stelle die wichtigsten Ergebnisse noch einmal aufgegriffen und reflektiert werden. Außerdem werden mögliche weiterführende Arbeitsansätze zur Diskussion gestellt.

Die in dieser Broschüre vorgestellten Studien hatten unterschiedliche Blickrichtungen in den Mittelpunkt gestellt und verschiedene Fragestellungen und Herangehensweisen gewählt, und doch gibt es in den Ergebnissen grundsätzliche Übereinstimmungen in der Charakterisierung der beweglichen Mitte, die hier stichpunktartig noch einmal zusammengetragen werden sollen. Ausgehend von diesen Übereinstimmungen und von Überlegungen zum „Zwiebelmodell der sozialen Bewegungen“ werden drei Untergruppen der beweglichen Mitte beschrieben, für die aus Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. jeweils eine spezifisch zugeschnittene Ansprache sinnvoll wäre.

Eine Forderung des Vereins kann schon vorab formuliert werden: Wir brauchen mehr solcher Studien. Abseits von tagespolitischen Umfragen und der „Sonntagsfrage“ ist es unerlässlich, Studien zu politischen Einstellungen über langfristig als wichtig erachtete Themengebiete breiter aufzustellen und anschließend nach gesellschaftlichen Untergruppen zu differenzieren. Denn nur so kann das Meinungsbild einer Gesellschaft weiter geschärft werden, das mit der Verortung von Einstellungen auf dem alten rechts-mitte-links-Schema nicht mehr erfasst werden kann.

Natürlich kommt es auch auf die Bereitschaft politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure an, auf die Befunde solcher Studien dann in der Praxis zu reagieren. Dazu gehört unbedingt der Befund, dass eine große Gruppe aus der Mitte Gesellschaft sich zu wenig angesprochen und wertgeschätzt fühlt.

CHARAKTERISIERUNG DER BEWEGLICHEN MITTE

Zusammengefasst treiben folgende Aspekte die bewegliche Mitte besonders um:

- Sie profitiert nach eigener Einschätzung nicht (ausreichend) von der guten Wirtschaftslage in Deutschland.
- Sie sorgt sich deshalb im besonderen Maße um die eigene soziale Absicherung und den Stuserhalt.
- Sie wünscht sich mehr Wertschätzung und Anerkennung für Berufswege ohne Studium oder Abitur.
- Sie sieht keinen Widerspruch darin, traditionelle und progressive Ansichten zu verbinden und fürchtet den Verlust kultureller Traditionen.
- Sie fühlt sich im politischen Geschehen desorientiert und von politischen Repräsentanten nicht gut vertreten.
- Sie hält Rassismus, rechte Gewalt und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft für eine Gefahr.
- Sie misstraut diesbezüglich jedoch der Lösungskompetenz der politischen und gesellschaftlichen Eliten.
- Sie begrüßt Einwanderung grundsätzlich, die Aufnahmebereitschaft variiert aber je nachdem, um welche Gruppen und Motive es bei den Neuankommenden geht.
- Sie fühlt sich in einer potenziellen Konkurrenz zu neu hinzukommenden Einwanderern um Wohnraum und zum Teil um Arbeit.

Die NGO „More in Common“ hatte mit ihrer Einteilung in Pragmatische und Enttäuschte bereits deutlich gemacht, dass die bewegliche Mitte keine homogene Gruppe ist, sondern dass es Unterschiede darin gibt, bis zu welchem Grad sich Mitglieder zufrieden zeigen und zugehörig zur Gesellschaft fühlen.

Mithilfe des „Zwiebelmodells“ können drei „Standorte“ in der Mitte unterschieden werden:

- Sympathisanten demokratischer Bewegungen stehen auf Seiten einer offenen Gesellschaft in Vielfalt, verhalten sich aber passiv und schweigen in der Regel zu den laufenden Debatten.
- Neutrale oder Unpolitische, die sich von keiner Bewegung angesprochen fühlen, möchten sich nicht zu diesen Themen positionieren.
- Sympathisanten rechtspopulistischer Bewegungen wenden sich enttäuscht von der Mitte ab und stehen auf einer Schwelle, die zu politischer Radikalisierung führen kann.

Alle drei Gruppen sind potenziell von politischer Bildung, von demokratischen Bewegungen ansprechbar. Die Frage ist nur: wie? Welche Formate und Themen können sie erreichen, welcher Sprache und welchen Argumenten stehen sie aufgeschlossen gegenüber, an welchen Orten sind sie anzutreffen und welche Institutionen, Gruppen oder Einzelpersonen könnten als vertrauensvolle Mittler Kontakt herstellen?

In politischen Talkshows hat man in den vergangenen Jahren oft gehört, man müsse den Menschen zuhören und ihre Sorgen ernst nehmen. Es bleibt jedoch häufig unklar, was das bedeuten soll. Ohne weitere Erklärungen wird der Satz zur Worthülse, die beim Zielpublikum nicht wertschätzend ankommt.

Bei der Frage sinnvoller Formate und Themen rät Laura-Kristine Krause von More in Common, an den Punkten anzusetzen, die die jeweilige Zielgruppe bewegt. Das würde in vielen Fällen bedeuten, erst einmal ein allgemeines, indirektes Gesprächsformat zu wählen und Anliegen und Ziele der Menschen einzufangen.

Das International Centre for Policy Advocacy leitet aus der Problematik durchaus selbstkritisch die Forderung eines „Reframing“-Ansatzes ab. Es geht darum, dass sogenannte „Progressive“ auch das große Bevölkerungssegment außerhalb ihrer urbanen, liberalen Kreise stärker in den Blick nehmen sollten.

Damit aus einem direkten Kontakt auch etwas erwachsen kann, sei es wichtig, sich auf die Zielgruppe einzulassen. „Zuhören und ernst nehmen“ heißt dabei für das Zentrum, im Gespräch positive, vereinende Werte auszumachen, sich selbst mit Erfahrungen und Erzählungen einzubringen und eine vertraute Atmosphäre zu schaffen, bevor Dissonanzen und unterschiedliche Positionen thematisiert werden. ⁽³¹⁾

LÖSUNGSANSÄTZE IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

Anders formuliert es Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aus seiner langjährigen Erfahrung in der politischen Bildung und in der Beratung von Menschen, die in ihrem Umfeld von Rechtsextremismus betroffen sind. Immer wieder ist deutlich geworden, dass es in kontroversen Dialogen dort zu Fortschritten kommen kann, wo der erste Fokus auf Gemeinsamkeiten und mögliche Lösungswege gelegt wird, und wo erst in zweiter Hinsicht auf Unterschiede und Probleme eingegangen wird. So können sich manchmal Türen öffnen, um gemeinsame Sichtweisen und Ziele herauszuarbeiten.

Zu einer demokratischen Gesprächskultur gehört darüber hinaus die Einsicht, dass es niemanden gibt, der im Besitz der reinen Wahrheit und der besten Lösung ist. Niemand kennt allein alle Seiten eines Problems, alle Faktoren, die für verträgliche Lösungen wichtig sind. Deshalb gilt es, offen zu sein für die Perspektiven und Bedürfnisse von Menschen, die nicht aus dem gleichen Milieu, der gleichen Partei oder auch der gleichen Generation stammen.

Grundlage und Orientierung für jede politische Auseinandersetzung können die Spielregeln bieten, die in den Artikeln des Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtscharta, also im Zusammenspiel der geltenden Freiheits- und Bürgerrechte, intendiert sind. Auf dieser Grundlage „zuzuhören und ernst zu nehmen“ heißt keinesfalls, Vorurteile und Abwertungen zuzulassen, sondern

hinter den Vorhang zu schauen und herauszufinden, was die Menschen wirklich bewegt – und dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Weiterbringende Ansätze in diese Richtung zeigen sich bereits in einigen „Zuhörformaten“, etwa in Form von Gesprächsreisen von Politikerinnen und Politikern oder in von Medien initiierten Austauschplattformen wie „Deutschland spricht“⁽³²⁾. Doch wie gesagt: sprechen, zuhören und ernstnehmen reicht noch nicht. Es gilt auf allen Ebenen, aus diesem Prozess heraus einende Ziele zu generieren, mehrheitsfähige Positionen und Lösungen zu entwickeln und dann für diese Positionen und Lösungen aktiv zu werben.

Wichtig dabei ist, dass Probleme nicht verschwiegen oder schöneredet werden. Dies gilt auf der einen Seite für bestehende ausschließende Machtstrukturen und überkommene Privilegien, aber auch zum Beispiel im Kontext von Integration und Desintegration der Gesellschaft, Migration und Flucht, Kriminalität und Sicherheit, sozialer Ungleichheit sowie der realen politischen Praxis in der Parteiendemokratie. Nur wer auch Schattenseiten benennt, kann verhindern, dass sich Populisten als vermeintliche Tabubrecher aufspielen können.

Eine solche Form der offenen Ansprache bietet sich nicht nur gegenüber Menschen an, die sich potenziell dem Rechtspopulismus zuwenden, sondern gegenüber allen, die sich aus berechtigten oder auch aus weniger berechtigten Gründen enttäuscht, wütend oder desillusioniert von der Realität der Demokratie in Deutschland zeigen. Es gibt zum Beispiel viele Frauen und Männer mit Migrationsgeschichte, die enttäuscht sind über unzureichende Sanktionierung von Rassismus und die teilweise atemberaubende Ignoranz, mit der die Politik in Deutschland es bislang versäumt hat, Lehren aus dem Terrorismus des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) zu ziehen. Und die sich deshalb vielleicht sogar abwenden von einem System, das berechnete Emanzipationsbestrebungen noch immer oft ins Leere laufen lässt.

Um die sozialen Bewegungen der Demokratie wachsen zu lassen und mehr Menschen einzubinden, die sich engagieren, hilft es, ein gemeinsames „Dafür“ zu entwickeln. Demokratisches Engagement lebt von der Idee, eine „gute“ und menschenfreundliche Gesellschaft mitgestalten zu können.

WIE DIE MEHRHEIT IN GEFAHR GERÄT

Die Autoren der Studie „The Hidden Majority“ haben festgestellt, dass Befürworter und Sympathisanten der offenen Gesellschaft außer in Italien in allen ausgewählten Staaten eine Mehrheit bilden. Eine in Öffentlichkeit und Wahlen wirksame Mehrheit gerät jedoch in Gefahr, wenn viele, die eigentlich als Sympathisanten der offenen Gesellschaft gelten können, ihre Interessen und Bedürfnisse von den aktiven Unterstützern einer offenen Gesellschaft nicht akzeptiert sehen.

Unter Befürwortern einer offenen Gesellschaft gibt es momentan die Tendenz, pauschale Strategien zu befürworten, die darauf zielen „klare Kante“ zu zeigen und alles, was irgendwie „rechts“ klingt, konsequent auszugrenzen und Gespräche abzulehnen.

An die Stelle eines demokratischen Streites um die besseren Argumente droht ein Kulturkampf zu treten, in der beide Seiten sich bei fortschreitender Radikalisierung immer unversöhnlicher gegenüberstehen und zu immer unfriedlicheren Mitteln greifen. Hier genügt ein Verweis auf die jüngsten Geschehnisse in den USA.

Doch – so stellt Joachim Gauck fest – je schneller und kompromissloser progressive Kräfte voranschreiten, desto stärker drohen sie, die Reaktion zu aktivieren^(33, Seite 80). Und desto mehr gehen die Errungenschaften einer demokratischen Streitkultur verloren.

Neben „More in Common“ haben auch die Verfasserinnen und Verfasser der FES-Studie „Das pragmatische Einwanderungsland“ mit ihren Ergebnissen weitergearbeitet. Sie haben weltoffene, national Gesinnte und Menschen aus der beweglichen gesellschaftlichen Mitte aus verschiedenen Regionen Deutschlands zu gemeinsamen Diskussionen eingeladen. Das Fazit ihres Praxisversuchs ist erst einmal ernüchternd. Demnach gibt es derzeit kaum „Brückenthemen“, über die die Menschen aus den unterschiedlichen Milieus konstruktiv miteinander ins Gespräch kommen könnten. Die Forscherinnen und Forscher konstatieren, dass

der gesellschaftliche Dialog erst im großen Stil „wiederbelebt“ werden müsse, etwa über einen bundesweiten „Tag der Demokratie“, an dem einmal im Jahr über die Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland geredet und gestritten wird.

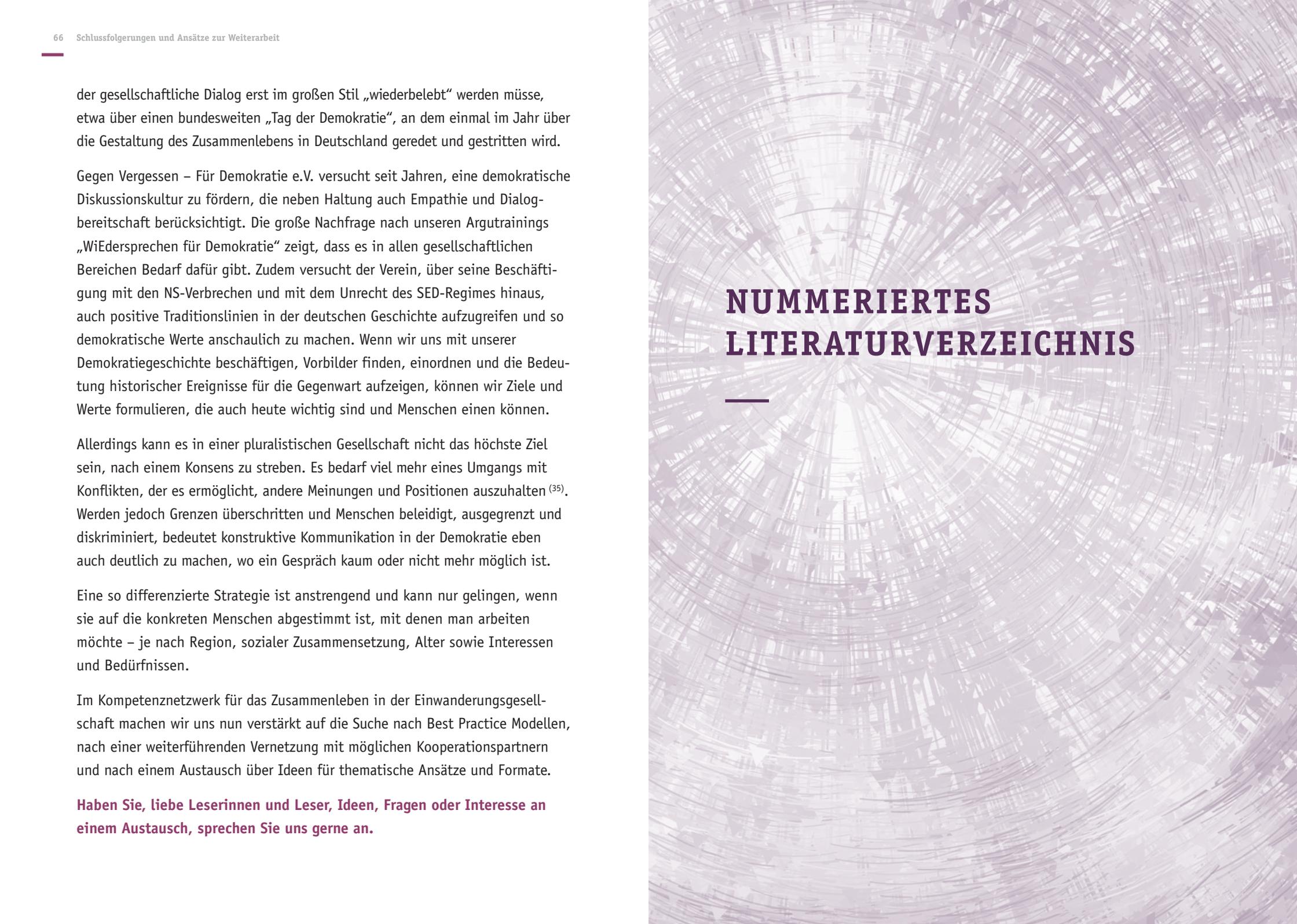
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. versucht seit Jahren, eine demokratische Diskussionskultur zu fördern, die neben Haltung auch Empathie und Dialogbereitschaft berücksichtigt. Die große Nachfrage nach unseren Argutrainings „WiEdersprechen für Demokratie“ zeigt, dass es in allen gesellschaftlichen Bereichen Bedarf dafür gibt. Zudem versucht der Verein, über seine Beschäftigung mit den NS-Verbrechen und mit dem Unrecht des SED-Regimes hinaus, auch positive Traditionslinien in der deutschen Geschichte aufzugreifen und so demokratische Werte anschaulich zu machen. Wenn wir uns mit unserer Demokratiegeschichte beschäftigen, Vorbilder finden, einordnen und die Bedeutung historischer Ereignisse für die Gegenwart aufzeigen, können wir Ziele und Werte formulieren, die auch heute wichtig sind und Menschen einen können.

Allerdings kann es in einer pluralistischen Gesellschaft nicht das höchste Ziel sein, nach einem Konsens zu streben. Es bedarf viel mehr eines Umgangs mit Konflikten, der es ermöglicht, andere Meinungen und Positionen auszuhalten⁽³⁵⁾. Werden jedoch Grenzen überschritten und Menschen beleidigt, ausgegrenzt und diskriminiert, bedeutet konstruktive Kommunikation in der Demokratie eben auch deutlich zu machen, wo ein Gespräch kaum oder nicht mehr möglich ist.

Eine so differenzierte Strategie ist anstrengend und kann nur gelingen, wenn sie auf die konkreten Menschen abgestimmt ist, mit denen man arbeiten möchte – je nach Region, sozialer Zusammensetzung, Alter sowie Interessen und Bedürfnissen.

Im Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft machen wir uns nun verstärkt auf die Suche nach Best Practice Modellen, nach einer weiterführenden Vernetzung mit möglichen Kooperationspartnern und nach einem Austausch über Ideen für thematische Ansätze und Formate.

Haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ideen, Fragen oder Interesse an einem Austausch, sprechen Sie uns gerne an.



NUMMERIERTES LITERATURVERZEICHNIS

1. Faus, Rainer/ Storks, Simon: Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken, Bonn 2019, (online: <http://library.fes.de/pdf-files/fes/15213-20190402.pdf>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
2. Ackermann, Ulrike: Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle, Darmstadt 2020.
3. Krause, Laura-Kristine / Gagné, Jérémie: Die andere deutsche Teilung. Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, Berlin 2019, (online: <https://www.dieandereileitung.de/>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
4. Seibt, Gustav: Das Mantra der Mitte, in: Süddeutsche Zeitung 12.02.2020, (online: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/thueringen-mitte-buergerlichkeit-sprache-1.4793370>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
5. Münkler, Herfried: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.
6. Walther, Rudolph: Die neue Mitte, in: Der Freitag 19.12.2003, (online: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-neue-mitte-2>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
7. Fritz-Vannahme, Joachim: Wir sind die Neue Mitte, in: ZEIT 23.04.1998, (online: <https://www.zeit.de/1998/18/mitte.txt.19980423.xml>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
8. Probst, Lothar: Die Grünen – die neue Mitte im Parteiensystem, in: Weser-Kurier 14.06.2019, (online: https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-die-gruenen-die-neue-mitte-im-parteiensystem-_arid,1837495.html), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
9. Vogel, Johannes / Kuhle, Konstantin: Wo wir sind, ist Mitte, in: Welt 13.02.2020, (online: https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article205820135/Essay-Wo-wir-sind-ist-Mitte.html), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
10. Schmiese, Wulf: CDU-Parteitag. In der Mitte sind nur wir, in: FAZ 03.12.2007, (online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-parteitag-in-der-mitte-sind-nur-wir-1485617.html>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
11. Am Orde, Sabine: Die bürgerliche Inszenierung, in: taz 2.09.2019, (online: <https://taz.de/AfD-Wahlerfolg-bei-den-Landtagswahlen/!5619629/>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).

12. Sinus-Institut: Informationen zu den Sinus-Milieus 2018, (online: https://www.sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/Bilder/Sinus-Milieus_092018/2018-09-18_Informationen_zu_den_Sinus-Milieus.pdf), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
13. Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
14. Lipset, Seymour Martin: Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 449–491.
15. Falter, Jürgen W: Hitlers Wähler, München 1991.
16. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Bd. 1–10, Berlin 2012.
17. Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019, (online: https://colorful-germany.de/wp-content/uploads/2019/04/rassismus_0224.pdf), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
18. Heller, Hermann: Staatslehre, Leiden 1970.
19. Kolkman, Michael: „Checks and balances“ unter Druck? Eine erste Einschätzung der Präsidentschaft Donald Trumps in: ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 49 (2018), Heft 4, S. 827–837
20. Nassehi, Armin: Die sogenannte Mitte ist ein unlogischer Ort, in: Welt 09.06.2016, (online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article156108787/Die-sogenannte-Mitte-ist-ein-unlogischer-Ort.html>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
21. Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift. Jahrgang 6, Heft 1, 1965, S. 20–41.
22. Hensel, Jana: Die Mitte wankt, in: ZEIT 13.02.2020.
23. Goodhart, David: The road to somewhere: the populist revolt and the future of politics, London 2017.
24. Popper, Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, London 1945.
25. Eichhorn, Jan / Mohr, Magali: The hidden Majority. How must Europeans care about Open Society Values. Voices on Values Report February 2019, (online: https://dpart.org/wp-content/uploads/2020/08/VoV_Hidden-Majority-report.pdf), (letzter Zugriff: 19.02.2021).

26. Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft: Dokumentation der digitalen Fachwoche, (online: www.kn-zusammenleben.de/aktuelles/), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
27. Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt 1994.
28. Grumke, Thomas / Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2006, (online: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04233.pdf>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
29. Sinano lu, Cihan: Ein neues Wir für den Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft, in GVFD Zeitschrift 103/ 2020, (online: https://www.gegenvergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_103-2020_web.pdf), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
30. Klimeniouk, Nikolai: Russen sind die besseren Deutschen, in: FAZ 01.06.2017, (online: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/warum-afd-unter-russlanddeutschen-beliebteste-partei-ist-15035442.html>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
31. International Centre for Policy Advocacy: Warum ein Reframing-Ansatz?, (online: <https://www.narrativechange.org/de/toolkit/warum-ein-reframing-ansatz/>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
32. Bangel et al.: Streiten Sie schön!, in: Zeit 18.06.2017, (online: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-06/deutschland-spricht-teilnehmer-methode-ergebnisse/komplettansicht>), (letzter Zugriff: 19.02.2021).
33. Gauck, Joachim: Toleranz : einfach schwer, Freiburg/Basel/Wien 2019.
34. Hartl, Matthias/ Faus, Jana: Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland, Berlin 2020, (online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16260-20200616.pdf>), (letzter Zugriff, 22.02.2021)
35. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (Hg.): Konstruktive Kommunikation in der Demokratie. Ein Baustein in der politischen Bildung, Berlin 2020.

Die gesellschaftliche Diskussion um die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ist seit Jahren polarisiert. Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass die in der Bevölkerung vorhandenen politischen Einstellungen ein differenzierteres Bild ergeben, als es die aufgeheizten öffentlichen Debatten vermuten lassen. Es gibt große Gruppen in der „beweglichen Mitte“ der Gesellschaft, die sich den beiden Polen an der Meinungsfrent nicht so einfach zuordnen lassen und wenig sichtbar werden. Es wäre jedoch ein Fehler, diese Gruppen in der politischen Bildungsarbeit zu vernachlässigen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem Einsatz für die Demokratie. Mehr als 2.000 Mitglieder in rund 40 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich über 600 Veranstaltungen auf die Beine. Der überparteiliche Verein wirbt für Engagement und politische Teilhabe in einer Gesellschaft in Vielfalt.

